

Beschlüsse der 42. Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V.

- Jugend kommunalpolitisch beteiligen – aber richtig!
- Die professionelle Jugendarbeit muss endlich gestärkt werden!
- Einführung eines Jugendtickets in Niedersachsen
- Die Zukunft sind wir! Niedersachsens Jugendverbände fordern eine generationengerechte Umwelt- und Klimapolitik
- Schutz von jungen Geflüchteten
- Änderung des „Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports“ in Niedersachsen
- Prävention von sexualisierter Gewalt in Jugendverbänden und Jugendämtern
- Der LJR unterstützt #FridaysForFuture

Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2019

Jugend kommunalpolitisch beteiligen - aber richtig!

Junge Menschen haben vielfältige Interessen und starke Positionen zu gesellschaftlichen Themen. Sie gestalten unsere Gesellschaft mit! Als Expert-inn-en für sich und ihre Lebenswelt steuern sie entscheidende Perspektiven bei. Das Engagement und die Beteiligung junger Menschen haben positive Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft: Die Beiträge junger Menschen eröffnen neue Perspektiven und Lösungswege und verbessern so politische Prozesse und Entscheidungen. Der gemeinsame Aushandlungsprozess schafft zudem bei den Beteiligten eine stärkere Akzeptanz der Entscheidungen.

Die Kommunen sind die unmittelbare Lebenswelt für junge Menschen: Hier wohnen sie, hier gehen sie zur Schule, hier haben sie ihre Freundeskreise und Familien, hier verbringen sie ihre Freizeit und hier engagieren sie sich. Daraus ergeben sich spezifische Wünsche und Forderungen junger Menschen an die Kommunen. Entsprechend muss die Jugendbeteiligung in den Kommunen bei allen jugendrelevanten Entscheidungen etabliert werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist eines der Grundprinzipien in der Jugendarbeit. So lernen junge Menschen in den Formen und Angeboten der Jugendarbeit, sich für ihre Interessen stark zu machen und die Wünsche anderer Jugendlicher zu akzeptieren und zu tolerieren. Und sie lernen, dass es sich lohnt, sich für etwas einzusetzen und zu engagieren: Demokratie wird anfassbar – insbesondere in ihrer Lebenswelt vor Ort! In den Jugendverbänden ist die Partizipation von Jugendlichen bereits gelebte Praxis, doch junge Menschen auch unmittelbar an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, ist ein weiterer wichtiger Ansatz, um Selbstwirksamkeit und politisches Agieren erlebbar zu machen.

Jugendverbände und Jugendringe sind als Werk- und Wirkstätten der Demokratie die idealen Träger für Angebote und Prozesse der Jugendbeteiligung, dies macht auch §12 SGB VIII deutlich: Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse sind Bildungsorte, an denen die Demokratie innerverbandlich sehr stark gelebt wird. Und auch nach außen agieren die Verbände auf der Grundlage dieses demokratischen Verständnisses und wirken in die Gesellschaft – dies sollen und wollen sie aber noch stärker tun. Durch die Vielfalt der Angebote und die Vielzahl der örtlichen Strukturen erreichen sie den Großteil der jungen Menschen und verfügen zudem zu etlichen Themen über abgestimmte Positionierungen.

Auf den verschiedenen politischen Ebenen – so auch auf kommunaler Ebene – gibt es bereits zahlreiche gesetzliche Grundlagen und Formen der Jugendbeteiligung, doch in der Umsetzung müssen Qualitätskriterien und Rahmenbedingungen für Jugendbeteiligung berücksichtigt werden. Nur wenn diese Kriterien durch die Verantwortlichen ernsthaft erfüllt werden, können Beteiligungsprozesse erfolgreich und wirksam gestaltet werden. Aus Sicht der niedersächsischen Jugendverbände sind insbesondere die folgenden Kriterien elementar für erfolgreiche Jugendbeteiligung: Transparenz von Zielen und Entscheidungen, Klarheit über Entscheidungsspielräume, gleichberechtigte Kommunikation, Themensetzung auch durch junge Menschen, zielgruppenorientierte Methoden, ausreichend Ressourcen zur Stärkung der Selbstorganisation, zeitnahe Umsetzung der Ergebnisse, Aufbau von Netzwerken für Beteiligung, Anerkennung des Engagements junger Menschen, Transparenz bezüglich Gestaltungs- und Entscheidungsmacht, Evaluation und Dokumentation des Beteiligungsprozesses.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert die niedersächsischen Kommunen auf, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um Jugendbeteiligung wirksamer umzusetzen.

Konkret fordern wir:

Jugendbeteiligung mit Haltung

- Beteiligungsrechte und beteiligungsfreundliche Prozesse müssen nachhaltig verankert und eine echte Partizipationskultur muss etabliert werden.
- Gestaltungs- und Entscheidungsmacht müssen an junge Menschen und deren Interessenvertretungen abgegeben und die Ergebnisse entsprechender Beteiligungsprozesse durch kommunale Politik, Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Betriebe umgesetzt werden.
- Vor Beginn des Beteiligungsprozesses muss klar sein, welche Inhalte und Formen der Beteiligung vorgesehen sind, welche Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu Inhalt und Form für die Jugendlichen möglich sind und welche Entscheidungswege und Umsetzungsformen sich anschließen sollen.
- Die nötigen Aufgabenbeschreibungen und verbindlichen Rahmenbedingungen für wirkungsvolle Jugendbeteiligung in den Kommunen müssen gemeinsam mit den Akteur:innen der Jugendarbeit formuliert werden.
- Die Methoden der Jugendbeteiligung müssen sich dabei an den Themen und der Zielgruppe orientieren – hier sind beispielsweise Bildungsstand, Sprachkenntnisse, Alter und etwaige Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.

Jugendbeteiligung mit Struktur

- Für eine wirkungsvolle Jugendbeteiligung bedarf es stabiler Strukturen und langfristiger Formate, die in der Lebenswelt junger Menschen verankert sind, damit junge Menschen ihre Themen setzen und sich dann engagieren können, wenn es für sie passt, und nicht nur punktuell und öffentlichkeitswirksam.
- Die bestehenden Strukturen und Netzwerke der Jugendarbeit und Jugendbeteiligung vor Ort, wie kommunale Jugendringe, müssen von Politik und Verwaltung als Interessenvertretungen anerkannt, angefragt, genutzt und gestärkt werden. Dies bezieht auch die Ausstattung mit entsprechenden Ressourcen ein.
- Für Beteiligungsprozesse von jungen Menschen müssen vor Ort qualifizierte Ansprechpartner:innen in Politik, Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Betrieben benannt sein.

Jugendbeteiligung mit Wirkung

- Junge Menschen müssen die Möglichkeit der Meinungs- und Bedürfnis-äußerung auf selbstgewählten Kanälen und zu selbst gewählten Zeiten haben. Politik und Verwaltung sollten im Sinne einer Kommuniaktion auf Augenhöhe bereit sein, sich auf diese Kommunikationswege einzulassen.
- Frühzeitige Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen müssen in allen Politikbereichen, in denen jugendrelevante Entscheidungen getroffen werden, etabliert werden.
- Auch nach der Entscheidung sollten junge Menschen in die weitere Umsetzung eingebunden werden.
- Jugendbeteiligung bedeutet nicht, dass jeder Wunsch der jungen Menschen auch umgesetzt werden muss. Aber es bedarf einer kurzfristigen und transparenten Begründung, wenn die Vorschläge und Ideen junger Menschen nicht umgesetzt werden können.

Auch das Land Niedersachsen fordern wir auf, sich für eine wirkungsvollere Jugendbeteiligung vor Ort einzusetzen.

Konkret fordern wir von der Nds. Landesregierung:

- sich für eine stärkere, wirksamere, gesetzlich verankerte Jugendbeteiligung im Sinne der oben genannten Qualitätskriterien im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) einzusetzen.
- den Beschluss des Niedersächsischen Landtages zur Prüfung der Einführung eines Jugend-Checks unter Einbeziehung der Jugendverbände und weiterer Akteur-inn-e-n ernsthaft voranzutreiben.
- das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) dahingehend zu ändern, dass die Interessenvertretung junger Menschen im Sinne des SGB VIII bei kommunalpolitischen Entscheidungen (s.a. https://www.ljr.de/fileadmin/user_upload/NKomVG_Stellungnahme_LJR.pdf) angemessen ausgeübt werden kann.

Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2019

Die professionelle Jugendarbeit muss endlich gestärkt werden!

Bis zur Mitte der 2020er Jahre ist für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit davon auszugehen, dass bundesweit etwa 21.500 zusätzliche Fachkräfte in diesem Arbeitsfeld benötigt werden. Der Bedarf in Niedersachsen dürfte über dem Bundesdurchschnitt liegen. Zum einen wurde die Anzahl der Stellen in der Kinder- und Jugendarbeit seit Mitte der 80er Jahre immer weiter abgebaut, zum anderen ist der Pro-Kopf-Anteil der Fachkräfte in Niedersachsen besonders gering: Auf 10.000 6- bis 21-jährige Niedersächsinnen und Niedersachsen kommen nur 21 Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit. Damit belegt Niedersachsen den zweitletzten Platz im Vergleich der Bundesländer. Zugleich werden in Niedersachsen in den kommenden Jahren mehr Menschen altersbedingt aus dem Arbeitsfeld ausscheiden als in anderen Bundesländern.

Das Ziel muss es sein, diesem Fachkräftebedarf zu begegnen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um attraktive Arbeitsplätze mit arbeitsfeldspezifisch qualifizierten Fachkräften langfristig zu besetzen. Für den Landesjugendring Niedersachsen spielen dabei insbesondere folgende drei Dimensionen eine herausragende Rolle:

1. Dimension: Rahmenbedingungen im Arbeitsfeld:

Das Arbeitsfeld der Jugendarbeit zeichnet sich für Arbeitnehmer-innen i.d.R. durch viel Gestaltungsspielraum, abwechslungsreiche Tätigkeiten und Teamarbeit aus, verlangt von den Angestellten aber auch Kenntnisse weit über das sozialpädagogische Arbeitsfeld hinaus (beispielsweise in rechtlichen und finanziellen Fragen) und Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten jenseits einer langfristig planbaren Schichtarbeit – sei es die Arbeit an Wochenenden, Abenden oder in den Ferien.

Fachkräfte in der Jugendarbeit haben nicht selten die Verantwortung für die Qualifizierung und Begleitung mehrerer hundert Ehrenamtlicher, für die Mitarbeit an fachlichen Stellungnahmen und die Finanzverantwortung für diverse Projekte mit unterschiedlichen Finanzierungsregeln.

Im Vergleich zu Beschäftigten in anderen pädagogischen Berufen (z.B. Lehrkräfte) oder Fachreferent-inn-en anderer Organisationen und Institutionen ist die Bezahlung jedoch i.d.R. schlechter. Daher ist zu beobachten, dass sich ausgebildete Fachkräfte mit einem entspre-

chenden Abschluss auf höher dotierte Arbeitsstellen bei anderen Trägern außerhalb der Jugendarbeit bewerben. Im Vergleich zu anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe gibt es im Bereich der Jugendarbeit mehr befristete Arbeitsverträge und mehr Stellen mit einem geringeren Beschäftigungsumfang – es besteht somit die Gefahr, dass hier prekäre Arbeitsverhältnisse entstehen, die Fachkräfte ggf. ebenfalls als unattraktiver empfinden.

Die wenigsten Beschäftigten wollen bis zur Rente in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sein. Öffentlichen Trägern fällt es oftmals leichter, ihren Beschäftigten innerhalb der Organisation eine berufliche Perspektive zu bieten als freien Trägern, die nur in der Jugendarbeit tätig sind. Insbesondere Beschäftigte freier Träger der Jugendarbeit haben bei einem Stellenwechsel oftmals finanzielle Einbußen in Kauf zu nehmen.

Wir fordern vom Land Niedersachsen und den anderen Zuwendungsgeber-inne-n:

- die Bereitstellung ausreichender Mittel für eine Schaffung einer bedarfsgerechten Anzahl nicht-prekärer Arbeitsverhältnisse in der Jugendarbeit.
- die Bereitstellung ausreichender Mittel für eine angemessene Vergütung in der Jugendarbeit tätiger Fachkräfte inklusive der Auszahlung von Wochenend-, Feiertags- und Schichtzuschlägen.
- dass zusätzliche Fachkräfte finanziert werden, wenn bürokratische und fachliche Aufgaben steigen.
- eine Bezuschussung von freien Trägern, die es ihnen ermöglicht, nach Tarif und vergleichbar gut wie öffentliche Träger zu bezahlen. Dazu gehören auch jährliche Anpassungen der Zuschüsse, um Tarifsteigerungen auszugleichen.

2. Dimension: Ausbildung für Tätigkeiten im Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit:

Seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass in der Jugendarbeit zunehmend Fachkräfte eingesetzt werden, die nicht über eine spezielle Qualifizierung für das Feld der Jugendarbeit verfügen. Entsprechend müssen diese Mitarbeitenden für den Bereich zusätzlich qualifiziert werden, um adäquat auf die Aufgaben und Herausforderungen in der Jugendarbeit eingehen zu können.

Die Ausbildung für eine berufliche Tätigkeit in der Jugendarbeit findet in aller Regel über ein Studium an einer (Fach-)Hochschule statt. In der Erlangung wichtiger Kompetenzen zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit in der Jugendarbeit spielen die Hochschulen entsprechend eine herausragende Rolle. Stark kritisiert der LJR, dass das Arbeitsfeld Jugendarbeit in den (sozial-)pädagogischen Studiengängen nicht ausreichend berücksichtigt wird – dies trägt dazu bei, dass die Kinder- und Jugendarbeit von vielen Studierenden nicht als Arbeitsfeld wahrgenommen wird und dass die Qualifikation von einigen Berufsanfänger-inne-n für feldspezifische Belange infolgedessen nicht ausreichend ist. Um zukünftige Mitarbeitende für eine Tätigkeit in der Kinder- und Jugendarbeit zu qualifizieren und zu begeistern, bedarf es diesbezüglicher Informationen und Lehrinhalte, die im Idealfall im Zusammenspiel mit Fachkräften aus der Praxis vermittelt werden. Der Aufbau eines Netzwerks von Lehrenden an Universitäten und Hochschulen im Bereich der Jugendarbeit erscheint darüber hinaus sinnvoll.

Auch notwendige Mittel für Fortbildungen und fachspezifische Qualifizierungen von Mitarbeitenden für hinzukommende Tätigkeiten in der Jugendarbeit stehen oftmals nicht zur Verfügung.

Wir fordern vom Land Niedersachsen:

- in der Auseinandersetzung mit den nds. Hochschulen darauf hinzuwirken, dass das Feld der Jugendarbeit wieder eine stärkere Berücksichtigung in der Lehre findet. Dies kann beispielsweise über Seminare, Vorlesungen, Praxisanteile im Studium oder einen eigenen Lehrstuhl erfolgen.
- unsere Forderung nach der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit für Leistungen im Studium, z. B. über sogenannte „Credit Points“, zu unterstützen.
- die Bereitstellung zusätzlicher Mittel, damit Jugendverbände und andere Träger der Jugendarbeit in die Lage versetzt werden, Praktikumsplätze sowie Plätze für das Anerkennungsjahr von studierenden Fachkräften anzubieten und die Personen fachlich zu begleiten.
- die Bereitstellung ausreichender Mittel für fachspezifische Qualifizierungen sowohl von neuen Mitarbeitenden in diesem Feld als auch die inhaltliche Fortbildung von Mitarbeitenden, die schon länger in diesem Feld arbeiten. Qualifizierungsangebote wie Q³ im Rahmen des Förderprogramms Generation³ können hier eine Form der arbeitsfeldspezifischen Nachqualifikation sein.

3. Dimension: Präsenz des Feldes in der Gesellschaft:

Die Tätigkeiten von beruflichen Mitarbeitenden im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sind vielfältig. Das macht das Arbeitsfeld auf der einen Seite abwechslungsreich und attraktiv, trägt aber auf der anderen Seite auch dazu bei, dass das Profil der in der Jugendarbeit Tätigen verwässert. Um Berufsanfängerinnen für eine Tätigkeit in der Kinder- und Jugendarbeit zu gewinnen und ihnen Orientierungspunkte zur Verfügung zu stellen, bedarf es also einer Profilschärfung bzw. einer differenzierteren Darstellung der Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit sowie einer Aufwertung dieser Tätigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung der Gesellschaft. Hierzu ist eine grundsätzlichere Arbeit an der Darstellung des Profils der Kinder- und Jugendarbeit und ihrer Mitarbeitenden sowie ein stetiger Dialog mit verschiedenen Akteuerinn-en der Gesellschaft erforderlich.

Wir fordern die verschiedenen Akteuerinn-en der Jugendarbeit und der Gesellschaft auf:

- Gremien wie z. B. der Landesbeirat für Jugendarbeit oder der Niedersächsische Landesjugendhilfeausschuss sollen sich mit der Thematik auseinandersetzen und Konzepte zum Umgang mit dem Fachkräftebedarf entwickeln.

- Organisationen und Institutionen der Jugendarbeit sollen in den Dialog treten und die Möglichkeiten und die Bedeutung von qualifizierten Fachkräften in der Jugendarbeit in den (fach-)politischen Diskurs einbringen.
- Das Land Niedersachsen sollte eine Werbekampagne für das gesamte Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe starten und bspw. durch öffentlichkeitswirksame Aktionen gemeinsam mit den Arbeitgeber-inne-n in dem Feld junge Menschen für eine Ausbildung oder ein Studium in diesem Bereich motivieren.

Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2019

Einführung eines Jugendtickets in Niedersachsen

Das Thema Mobilität ist bei Jugendlichen gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen sehr wichtig. Jedem jungen Menschen sollte es ermöglicht werden, kostengünstig und umweltbewusst von einem Ort zum nächsten zu gelangen.

Wir fordern von der Regierung des Landes Niedersachsen daher, sich dafür einzusetzen, dass ein kostengünstiges Jugendticket in ganz Niedersachsen eingeführt wird. Das beinhaltet u.a., sowohl die Initiative zu ergreifen und die Verhandlungen mit den verschiedenen Verkehrsverbänden zu führen als auch eventuelle Mindereinnahmen der Verkehrsbetriebe auszugleichen. Das Ticket soll in ganz Niedersachsen die Nutzung des ÖPNV, d.h. von Bussen, Straßenbahnen, U-Bahnen, S-Bahnen sowie Regionalzügen beinhalten und für den Schulweg, die Freizeit inkl. Wochenenden und die Ferienzeiten genutzt werden können. Zusätzlich fordern wir von den niedersächsischen Kommunen, dass das ÖPNV-Angebot in ländlichen Regionen an die Lebenswirklichkeiten junger Menschen angepasst werden muss, um die Nutzung möglich machen zu können. Bezugsberechtigt sollen Schüler-innen, Auszubildende, Jugendliche, die ihr Freiwilligenjahr (BFD, FSJ, FÖJ oder FEJ) leisten, und JuLeiCa-Inhaber-innen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, die in Niedersachsen wohnen oder deren Schule oder Ausbildungsstätte in Niedersachsen liegt, sein.

Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2019

Die Zukunft sind wir!

Niedersachsens Jugendverbände fordern eine generationengerechte Umwelt- und Klimapolitik

Wie kaum ein anderer Politikbereich beeinflusst die Umwelt- und Klimapolitik die Chancen junger und zukünftiger Generationen. Generationengerechtigkeit in diesem Zusammenhang bedeutet, dass ein fairer Ausgleich zwischen der heutigen und den zukünftigen Generationen angestrebt wird: Den zukünftig Geborenen sollen die gleichen Rechte zustehen wie den heute Lebenden - das schließt ihr Recht auf eine intakte Umwelt mit ein.

Eine riskante und kurzsichtige Politik verschlimmert die Auswirkungen des Klimawandels, etwa durch längere Dürreperioden oder häufiger auftretende Hurricanes, Erdbeben und Überschwemmungen. Das Recht der zukünftigen Generation auf intakte Ökosysteme wird also bereits heute durch zu kurz gedachte Politik verletzt (siehe auch www.klimadelegation.de).

Niedersachsens Jugendverbände sind aktiv!

Um Generationengerechtigkeit zu verwirklichen, muss die heutige Generation ihren Nachkommen ein faires, ökologisches Erbe hinterlassen. Die niedersächsischen Jugendverbände setzen sich schon seit vielen Jahren mit ebendieser Thematik auseinander. Sowohl auf der Bildungsebene u.a. mit den Projekten KlimAktion und KlimaChallenge, als auch mittels verschiedener Selbstverpflichtungen z. B. zum Umstieg auf Ökostrom oder zum Klimaschutz in Verbänden als auch durch die Einsetzung eines eigenen Vorstandsressorts im Landesjugendring mit dem thematischen Schwerpunkt Nachhaltigkeit und Ökologie zur Verankerung der Thematik auf struktureller Ebene.

Wir fordern: Energiewende konsequent umsetzen!

Mit „Hambi bleibt!“, „Wir haben es satt!“ und „Fridaysforfuture“ zeigen junge Menschen aktuell lautstark und bestimmt, dass sie nicht mehr bereit sind, tatenlos den manifestierten, nachlässigen und ressourcenvernichtenden Umgang mit der Generationengerechtigkeit seitens der Entscheidungsträger-innen hinzunehmen. Eine konsequente Umsetzung der En-

ergiewende, die nicht auf Kosten der Beschäftigten und Auszubildenden in den einschlägigen Branchen geht, sowie die Entwicklung einer zukunftsfähigen Mobilitätspolitik durch die Bundesregierung und die Niedersächsische Landesregierung sehen die niedersächsischen Jugendverbände daher als echte Maßnahmen, sich klar für eine gelebte Fairness zwischen den Generationen auszusprechen.

Wir fordern: Jugend-Check als Prüfinstrument nutzen!

Die Belange junger Menschen sind bei all diesen Gestaltungsprozessen zu berücksichtigen und mitzudenken. Die Einführung des sogenannten Jugend-Checks durch die niedersächsische Landesregierung als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument, das die Auswirkungen geplanter Gesetzesvorhaben auf junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren sichtbar macht, sehen Niedersachsens Jugendverbände hier als unumgänglichen Schritt und als lange überfälliges Instrument, das eine Ausweitung auf alle Politikbereiche verdient.

Wir fordern: Jugendverbände finanziell unterstützen!

Zur Verstetigung, Entwicklung und Durchführung entsprechender umwelt- und klimafreundlicher Bildungsangebote sowie zur Ermöglichung von Sanierungs- und nötigen Umbaumaßnahmen zur Erlangung eines klimafreundlichen Gebäudestandards der jugendverbandlichen Bildungsstätten fordern Niedersachsens Jugendverbände eine ausreichende finanzielle Ausstattung von der Niedersächsischen Landesregierung.

Wir fordern: Politik muss ihren Teil des Generationenvertrags erfüllen!

Die niedersächsischen Jugendverbände sehen die Entscheidungsträger-innen der Landespolitik maßgeblich in der Pflicht, sich mit aller Vehemenz für den Erhalt der Artenvielfalt, den verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Lösung der atomaren Endlagerungsproblematik und eine Reduzierung der Treibhausgase im Sinne der Generationengerechtigkeit einzusetzen und somit ihrer zentralen Aufgabe im Sinne des Generationenvertrags gerecht zu werden. Eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses Vertrages ist allerdings die freiwillige Bereitschaft zur Anerkennung der gegenseitigen Verpflichtungen der beteiligten Generationen. Ebendiese Bereitschaft fordern Niedersachsens Jugendverbände von der Niedersächsischen Landesregierung!

Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2019

Schutz von jungen Geflüchteten

Als Jugendverbände in Niedersachsen – sowie überall in der BRD – verschreiben wir uns in einer besonderen Form dem Schutz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Um diesen für alle jungen Menschen – ungeachtet von Gender, Herkunft, Lebenserfahrung und Religion – gewähren zu können, stellen wir diesen Antrag; jedoch stets in dem Wissen, dass die Schutzgewährung für einen Menschen nicht an einer Altersgrenze gemessen werden darf.

Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, die Jugendverbände in ihrer primären Aufgabe (wie im SGB VIII festgeschrieben), Bildungs-, Erfahrungs- und Schutzraum für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sein, finanziell, strukturell und rechtlich zu unterstützen.

Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, die Aufenthaltserlaubnis von Minderjährigen auszuweiten und allen jungen unbegleiteten Geflüchteten bis zum Lebensalter von 27 Jahren den Schutz vor Abschiebung zu garantieren.

Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung ebenso dazu auf, allen Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen uneingeschränkten Zugang zu Bildungsinstitutionen (Kindergarten/Kindertagesstätte, Schule, Berufsbildende Schule, Hochschule, Universität) zu gewähren sowie alle ihre Kompetenzen und Fähigkeiten anzuerkennen, die sie sich innerhalb von Bildungsabschlüssen anderer Länder angeeignet haben. Sie müssen außerdem den Anspruch haben, Fähigkeiten, die ihnen für eine Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse fehlen, durch kostenlose und unbürokratische Qualifizierungen zu erlernen.

Wir Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen wollen uns zudem gemeinsam mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat, Expert-inn-en im Asylbereich und – soweit von ihnen gewollt – mit betroffenen Geflüchteten mit den Herausforderungen junger Geflüchteter auseinandersetzen, um konkrete Maßnahmen zum Schutz junger Geflüchteter zu erarbeiten.

Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2019

Änderung des „Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports“ in Niedersachsen

Tausende, zum größten Teil junge Menschen, engagieren sich ehrenamtlich in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Sie setzen sich mit viel Zeit für verschiedenste Gruppen, Themen und Anliegen ein. Sie investieren dafür ihre Freizeit und oftmals auch ihren Urlaub.

Die Möglichkeit des Sonderurlaubs für Zwecke der Jugendarbeit und des Jugendsports bietet ihnen die Möglichkeit einer Freistellung von der Arbeit. Im „Gesetz über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports“ ist jedoch leider nur die unbezahlte Freistellung durch Arbeitgeber-innen für max. 12 Tagen festgehalten. Zwar könnten Arbeitgeber-innen dennoch den Lohn fortzahlen und damit das Engagement ihrer Angestellten entsprechend würdigen – leider tun dies aber längst nicht alle Arbeitgeber-innen.

Die Gehaltseinbußen können durch die Erstattung des Verdienstausfalls aus Landesmitteln nur teilweise gedeckt werden: Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht, um alle Ehrenamtlichen zu entschädigen, und zudem entsteht durch die Unterbrechung der Einzahlungen in die Sozialversicherung z. B. ein Nachteil bei der späteren Rentenzahlung.

Ehrenamtliche werden so durch ihr Engagement benachteiligt.

Daher fordern wir von der Niedersächsischen Landesregierung die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Sonderurlaub zu Zwecken der Jugendarbeit und des Jugendsports unter Fortzahlung des Bruttogehalts. Die Arbeitgeber-innen sollen die Möglichkeit haben, beim Land eine Erstattung der Lohnkosten für die Zeit des Sonderurlaubs zu beantragen.

Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2019

„Prävention von sexualisierter Gewalt in Jugendverbänden und Jugendämtern“

Wir fordern die Landesregierung auf:

1. die Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und den Schutz des Kindeswohls zu vorrangigen Aufgaben der Jugendhilfe zu machen.
2. in den Jugendämtern tragfähige Strukturen zur Gewaltprävention und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Dazu gehören unabhängige Stellen, an die sich Betroffene und Jugendamtsmitarbeiter-innen jenseits der hierarchischen Jugendamtsstrukturen wenden können und die auch Durchgriffsrechte gegenüber vertuschenden Strukturen in den Ämtern erhalten.
3. die Fortbildung der Mitarbeiter-innen in den Jugendämtern und bei den Strafverfolgungsbehörden in dem Bereich zu forcieren und hier v.a. mit den unabhängigen Beratungsstellen zusammenzuarbeiten.
4. die unabhängigen Beratungsstellen finanziell so auszustatten, dass sie ihrem Auftrag nachkommen können.
5. für die Präventionsarbeit in den Jugendverbänden zusätzliche Mittel und Personalstellen zur Verfügung zu stellen.

Der Landesjugendring soll dahingehend:

1. schlechte Erfahrungen der Jugendverbände mit Jugendämtern in Fragen von Kindeswohlgefährdung evaluieren und die Ergebnisse für die weitere Arbeit nutzen.
2. mit der Landesregierung und der Verwaltung dahingehend einen Fachaustausch aufnehmen und entsprechende Veränderungen forcieren.
3. den Austausch unter den Jugendverbänden zur Prävention sexualisierter Gewalt fördern und zusammen mit den Jugendverbänden Fortbildungen entwickeln.

**Beschluss der 42. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendring Niedersachsen e.V.
am 02.03.2019**

„Der LJR unterstützt #FridaysForFuture“

Der Landesjugendring Niedersachsen und seine Mitgliedsverbände unterstützen die Bewegung #FridaysForFuture. Wir begrüßen das Engagement zehntausender Schüler-innen im Kampf für eine ökologischere und nachhaltigere Gesellschaft. Um ihrer Empörung über die aktuelle Klimapolitik Ausdruck zu verleihen, gehen sie während der Schulzeit demonstrieren. Diese Form der politischen Partizipation und des Protestes unterstützen wir ausdrücklich, weil dies die einzige Möglichkeit ist, sich das nötige Gehör zu verschaffen.

In diesem Zuge fordern wir von der Niedersächsischen Landesregierung eine Wertschätzung des politischen Engagements durch eine Übernahme der Forderungen von #FridaysForFuture in die politische Agenda sowie die Unterstützung für die jungen Menschen bspw. durch Schulfreistellungen.

Beschlüsse der 41. Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V.

- Koalition für die Jugend? - Gemeinsam für ein jugendgerechtes Niedersachsen!
- Verbandliche Bildungsstätten müssen klimafreundlich(er) werden!
- Sozialen Wohnungsbau ausweiten - auch im Interesse der jungen Generation!
- Arbeitsbefreiung: jugendgerechte Rahmenbedingungen schaffen

Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2018

Koalition für die Jugend? - Gemeinsam für ein jugendgerechtes Niedersachsen!

Die Koalition aus SPD und CDU setzt sich in ihrer Koalitionsvereinbarung das klare Ziel, „*Gemeinsam für ein modernes Niedersachsen*“ zu arbeiten. „Für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt“ lautet die Überschrift der Koalitionsvereinbarung weiter. Ein „*modernes*“ Niedersachsen muss ein „*jugendgerechtes*“ Niedersachsen sein, denn die Jugend ist es, auf die es auch in der Zukunft ankommt. Aus Sicht des Landesjugendrings müssen die drei zentralen Ziele der Regierungsparteien folgerichtig also den Prüfsteinen einer jugendgerechten Ausgestaltung und Betrachtung standhalten.

„*Technische Innovation soll gefördert werden, um daraus sozialen Fortschritt für alle Menschen zu gestalten.*“ - so heißt es in der Koalitionsvereinbarung. Der gleichberechtigte Zugang zu digitalen Medien und einer entsprechenden Hardware-Ausstattung für alle jungen Menschen - unabhängig von der finanziellen Situation oder dem Wohnort der Familie - ist für die Zukunftschancen junger Menschen und deren Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus muss technische **Innovation** auch dem gesellschaftlichen Zusammenleben dienen und darf nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Auch bei einer lebensweltorientierten sozialen Angebots- und Unterstützungsstruktur für junge Menschen sowie der Beteiligung junger Menschen spielen die technische Infrastruktur und digitale Medien eine zentrale Rolle. Doch gesellschaftliche Innovation ist mehr als technischer Fortschritt: Junge Menschen haben den Wunsch und das Bedürfnis, mit ihren innovativen Ideen die Gesellschaft mitzugestalten. Jugendarbeit bietet hier vielfältige Erfahrungs- und Möglichkeitsräume für junge Menschen, entsprechende Ansätze und Entwicklungen zu erproben, sowie Expertise für den fachpolitischen Diskurs.

Für ein innovatives und jugendgerechtes Niedersachsen fordert der Landesjugendring:

- Die Herabsetzung des Wahlalters für Wahlen zum Niedersächsischen Landtag.
- Die Beteiligung junger Menschen bzw. deren Interessenvertretungen bei für sie relevanten Entscheidungen ist auf allen politischen Ebenen sicherzustellen.
- Alle anstehenden politischen Entscheidungen sind auf die Jugendrelevanz und die Auswirkungen der Entscheidungen für junge Menschen hin zu überprüfen. Die Einführung eines sogenannten „Jugend-Checks“ für alle geplanten Gesetzesvorhaben ist hierfür ein wichtiges Instrument, das Niedersachsen als erstes Bundesland einführen sollte.

- Die Beteiligung junger Menschen als handlungsleitendes Prinzip der Jugendarbeit in den Studiengängen der sozialen Arbeit muss ausreichend berücksichtigt werden.
- Die Erprobung neuer Partizipationsformen. Dabei muss die Verknüpfung von On- und Off-line-Partizipationsformen im Blick behalten werden.
- Alle jungen Menschen müssen bis zum Ende der Legislatur einen finanzierbaren Zugang zu schnellem Internet (mehr als ein GigaBit pro Sekunde) haben.
- Auch in der außerschulischen Jugendbildung müssen die Bereiche der kritischen Medienbildung und der Demokratiepädagogik unterstützt werden.
- Bildungslandschaften bzw. „regionale Bildungsnetzwerke“ müssen mit allen an der Bildung beteiligten Akteur-inn-en zukunftsgerichtet gestaltet werden. Hierfür sind die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das heißt auch, die außerschulischen Kooperationspartner in die Lage zu versetzen, gleichberechtigt mitwirken zu können.

Nach Auffassung der im Landesjugendring zusammengeschlossenen Verbände muss der Begriff **Sicherheit** umfassender verstanden werden und weit mehr als innere Sicherheit und soziale Sicherheit beinhalten. Für fast alle jungen Menschen ist die persönliche Zukunft von großer Unsicherheit geprägt. Dies betrifft beispielsweise die Entscheidung für die Ausbildungs-, Studien- und Berufslaufbahn ebenso wie oftmals prekäre Beschäftigungsverhältnisse für Berufsanfänger-innen, die nicht selten mit wechselnden Lebensorten einhergehen. Die Sicherung von gleichberechtigter Teilhabe an Bildung und am gesellschaftlichen Leben gehört daher zu den zentralen Forderungen des LJR an die Landesregierung. Globale Krisen, der Klimawandel, soziale Ungerechtigkeiten sind weitere Beispiele, die insbesondere auch bei jungen Menschen Unsicherheiten auslösen.

Doch es gibt auch Schutzräume für junge Menschen. Die Lebenswelt „vor Ort“ und die vorhandenen Möglichkeiten und Ressourcen im Sozialraum spielen für Kinder und Jugendliche eine besondere Rolle und bieten oftmals diese Sicherheit. Hier sind auch die Angebote der Jugendarbeit ein unverzichtbarer Bestandteil. Sicherheit bedeutet demnach auch eine sichere und zuverlässige finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit in Niedersachsen. Alles andere entspricht einer voranschreitenden, schleichenden Entwertung der Strukturen der Jugendarbeit sowie deren Angebote und Leistungen.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert:

- Die Förderung der Jugendarbeit in Niedersachsen muss an die Kostenentwicklung und aktuelle Bedarfe angepasst werden.
- In allen Bereichen, die die Jugendarbeit betreffen, wie z.B. der Anpassung des JFG oder der Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die Kinder- und Jugendhilfe, muss der Landesjugendring Niedersachsen partnerschaftlich eingebunden werden.
- Junge Menschen dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt und ihnen muss Vertrauen entgegengebracht werden. Eine Speicherung von Daten Minderjähriger durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz darf nicht erfolgen.
- Jugendverbandsarbeit reagiert auf die Verunsicherungen durch zunehmende soziale Vereinzelung mit der Etablierung von Jugendgruppen. Hier machen junge Menschen Erfahrungen im demokratischen Miteinander und schaffen sich Schutzräume, in denen sie ihre Selbstwirksamkeit erfahren können. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte und umfassende Finanzierung der Gruppenarbeit in ganz Niedersachsen durch die Kommunen gewährleistet wird.

Zusammenhalt in der vielfältigen Gesellschaft soll durch verschiedene Aspekte befördert werden. Neben der von den Koalitionären beabsichtigten Steigerung von Gemeinsinn, gegenseitigem Respekt und Toleranz begrüßt der Landesjugendring Niedersachsen insbeson-

dere die Absicht, die bürgerschaftliche Verantwortung und damit auch das zivilgesellschaftliche bzw. ehrenamtliche Engagement zu stärken.

Zum Zusammenhalt der Gesellschaft gehört nach Auffassung des Landesjugendrings insbesondere auch, die Vielfalt als Stärke der Gesellschaft zu begreifen und Diskriminierung zu beseitigen. Dazu ist es beispielsweise notwendig, Selbstorganisationen von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, Fluchterfahrung, körperlicher, seelischer oder geistiger Beeinträchtigung oder einer nicht der heteronormativen Erwartung entsprechenden sexuellen Orientierung zu fördern und deren Teilhabechancen zu stärken.

Jugendverbände stehen für eine vielfältige Gesellschaft und wollen Angebote für alle jungen Menschen machen. Verschiedene Maßnahmen und Projekte der Mitgliedsverbände gegen Rassismus und Diskriminierung und für ein friedliches Miteinander sind auf mittel- und langfristige Regel- und Projektförderungen angewiesen.

Entsprechend fordert der Landesjugendring Niedersachsen:

- Die geplante Umsetzung unserer langjährigen Forderung nach Regionalstellen für ehrenamtliches Engagement muss unter dem Dach des Landesjugendrings erfolgen.
- VJMs leisten einen wichtigen Beitrag zu einer vielfältigen Gesellschaft. Ihre partizipativen Jugendstrukturen sind unabhängig von Erwachsenenstrukturen zu unterstützen.
- Eine verlässliche Förderung von Projekten der Jugendarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jedweder Art muss gewährleistet werden.

Um die Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements zu verbessern, ist es notwendig, bei Unternehmen auf flexiblere Freistellungsregelungen hinzuwirken. Hochschulen können hierzu durch Zeitkorridore ohne Klausuren innerhalb der Semesterferien beitragen. Die Landesregierung kann durch gezielte Werbekampagnen dazu beitragen, derartige Maßnahmen umzusetzen.

Zu einem jugendgerechten Niedersachsen zählen viele weitere Aspekte – insbesondere weisen wir in diesem Zusammenhang auf den Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des LJR „Jugendpolitische Forderungen 2018“. Der Landesjugendring Niedersachsen und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendverbände wollen und werden die Niedersächsische Landesregierung sowie den Landtag auch in dieser Legislatur gerne durch innovative Ideen, sichere, fachliche Einschätzungen und vertrauensvolle Zusammenarbeit dabei unterstützen, Niedersachsen moderner und jugendgerechter zu machen.

**Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendring Niedersachsen e.V.
am 03.03.2018**

**Verbandliche Bildungsstätten müssen
klimafreundlich(er) werden!**

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert die Landesregierung auf, mithilfe finanzieller Mittel Sanierungs- und nötige Umbaumaßnahmen zur Erlangung eines klimafreundlichen Gebäudestandards der jugendverbandlichen Bildungsstätten zu ermöglichen.

Zur Erreichung der vereinbarten Klimaziele ist es unumgänglich, auch entsprechende bauliche Maßnahmen zu forcieren und Jugendverbände bei ihrem diesbezüglichen Engagement zu unterstützen. Bereits im Zuge des gemeinschaftlichen Projekts „Klima-Challenge“, welches von JANUN e.V., dem Landesjugendring und der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen durchgeführt und vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz gefördert wurde, wurde dieses Problem erkannt sowie eine entsprechende Unterstützung seitens der Landesregierung zugesagt - dieser Zusage muss nun eine Umsetzung folgen!

Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2018

Sozialen Wohnungsbau ausweiten - auch im Interesse der jungen Generation!

Der Landesjugendring fordert die Landesregierung auf, durch den Abbau von Leerstand mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Bautätigkeit des Landes deutlich auszuweiten.

Derzeit wird nur ein Fünftel des Bedarfs an Sozialwohnungen gedeckt. Die Situation nimmt an Brisanz zu, da jedes Jahr viele Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. An dieser Stelle ist die Landesregierung gefordert, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums durch adäquate Regelungen sicherzustellen.

Auch junge Menschen haben das berechtigte Interesse, sich ein eigenes und unabhängiges Leben aufbauen zu können. Der erste Schritt dazu ist die eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft außerhalb des Elternhauses. Junge Menschen in betrieblicher oder schulischer Ausbildung sowie im Studium können sich aber immer seltener eine eigene Wohnung oder ein WG-Zimmer leisten. Deshalb sollen spezielle Wohnprojekte wie Azubi- oder Studierendenwohnheime stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Diese Förderung darf nicht auf Kosten derer ermöglicht werden, die ebenso oder im noch höheren Maße von sozialer Ungleichheit betroffen sind.

Die Landesregierung ist aufgefordert, vor allem Genossenschaften und Kommunen zu unterstützen, um neue Wohnungen und innovative Wohnprojekte zu schaffen.

Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2018

Arbeitsbefreiung: jugendgerechte Rahmenbedingungen schaffen

Jugendverbandsarbeit und außerschulische Jugendbildung sind tragende Säulen der demokratischen Gesellschaft in Niedersachsen. Ehrenamtliche im Flächenland Niedersachsen übernehmen für die Entwicklung unseres Gesellschaftsbildes in ihrer freiwilligen Arbeit eine hohe Verantwortung. Um diese Verantwortung wahrnehmen zu können, engagieren sie sich im Rahmen ihrer Freizeit und tragen wesentlich zu einem breiten, nicht kommerziellen Freizeit- und Bildungsangebot für junge Menschen in Niedersachsen bei. Die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen prägen zum einen die Ehrenamtlichen selbst und zum anderen ihr Umfeld in Gemeinwesen und Beruf.

Ehrenamtliche stehen allerdings vor Herausforderungen: Die Zeitverdichtung nimmt zu und durch Reformen im Bildungswesen verkürzen sich Ausbildungs- und/oder Studienzeiten. Dies nimmt Freiräume für außerschulische ehrenamtliche Jugend- und Jugendverbandsarbeit. Hier sehen wir einen drohenden Verlust von gesellschaftlich essentiellen Sozialkompetenzen, welche junge Menschen im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit erlangen. Die Jugend- und Jugendverbandsarbeit in Niedersachsen hat eine sehr hohe Qualität. Hier wird für ein jetzt und später gelingendes Leben gelehrt und gelernt. Zunehmend beobachten wir in unserer Arbeit, dass ehrenamtlich Tätige im Rahmen ihres Engagements auf Hürden stoßen. Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitgeber reagieren nicht selten unsensibel auf berechnete Freistellungsanträge im Rahmen der Jugendverbandsarbeit.

Im neuen Koalitionsvertrag ist die Bearbeitung der Arbeitsbefreiung für ehrenamtliche Tätigkeiten mit aufgenommen. Das ist für uns ein Schritt nach vorne. Nun wollen wir diese Chance nutzen und die Rahmenbedingungen für Arbeitsbefreiungen so gestalten lassen, dass sie junge Menschen in jeglicher Lebenssituation ehrenamtliche Tätigkeiten ermöglichen - ohne Schlupflöcher für Arbeitgeber-inne-n [siehe Gesetz über die Arbeitsbefreiung § 1 Punkt (4)].

Deshalb fordern wir:

1. Die Vollversammlung des Landesjugendrings fordert von der Landesregierung im Hinblick auf die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements mehr Freiheiten in den Ausbildungsstrukturen. Wir fordern die Schulen, Ausbilder-inne-n und/oder Universitäten auf, konkrete Handlungsmöglichkeiten für die individuelle, anlassbezogene und nachteilsfreie Freistellung von ehrenamtlich Tätigen zu ermöglichen.

Beschlüsse der 40. Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V.

- Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2018
- Jugendarbeit in Niedersachsen - nachhaltig und klimafreundlich
- Schutz des Kindeswohls: Verlässliche Erreichbarkeit schaffen
- Jetzt global handeln - wir brauchen eine aktivere Friedenspolitik!
- Forderung der Freilassung von Deniz Yücel und anderen in der Türkei inhaftierten Journalist-inn-en

Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017

Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2018

In fünf Jahren zu einem jugendgerechten Niedersachsen – die jugendpolitischen Forderungen für die Landtagswahlen am 14.01.2018

Politik für ein jugendgerechtes Aufwachsen bedeutet u.a., Freiräume für die individuelle Entfaltung als junger Mensch zu schaffen. Dies bedeutet mit Blick auf die Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für junge Menschen weiter, sich nicht nur auf die Vorbereitung für das spätere Berufsleben zu beschränken und sich damit kommerziellen Verwertungsinteressen zu unterwerfen. Vielmehr heißt es, jungen Menschen den notwendigen Raum zu geben, in dem sie sich selbst ausprobieren und ihre eigenen Stärken und Schwächen erproben können. Jugendarbeit bietet genau diese Freiräume und unterstützt junge Menschen dabei, sich diese auch aktiv anzueignen und sie zu gestalten. Dadurch erfahren die jungen Menschen ganz praktisch, was demokratische Mitbestimmung bedeutet, sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, und entwickeln damit wesentliche soziale Kompetenzen.

Junge Menschen sind die Zukunft. Sie sind das Wertvollste, das eine Gesellschaft hat. Um den komplexen Anforderungen eines immer schnelleren sozialen Wandels gerecht zu werden, brauchen junge Menschen die bestmöglichen Startchancen! Daher fordern die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. von den Parteien klare Bekenntnisse für ein stärkeres Engagement für junge Menschen.

Beteiligung

Junge Menschen sind die prägenden Akteur-inn-e-n der Gesellschaft von morgen. Schon heute müssen sie ihre eigene Zukunft aktiv mitgestalten können. Sie selbst können ihre eigenen Belange am besten vertreten. Daher sind junge Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungen angemessen zu beteiligen. Jugendverbände, als Zusammenschlüsse junger Menschen, leisten seit Langem einen wichtigen Beitrag, indem sie als legitimierte Interessenvertretung jugendpolitisch agieren. Auch sie müssen infolgedessen adäquat an Entscheidungen, die Einfluss auf junge Menschen entwickeln, beteiligt werden.

Ein wesentlicher Grund für den hohen Zulauf bei rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen ist auch das mangelnde Vertrauen in Politiker-innen. Insbesondere bei jungen Menschen muss ein solches Vertrauen aufgebaut werden und erhalten bleiben, damit für entsprechende Ideologien und Gesellschaftsbilder kein Raum entsteht. Dafür ist es wichtig, dass

die Politik die Interessen und Wünsche junger Menschen aufgreift, sich ernsthaft mit Jugendlichen auseinandersetzt und ihr Handeln – ggf. auch eine Ablehnung von Forderungen junger Menschen – verständlich begründet.

Konkret bedeutet das:

- Die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen an kommunal- und landespolitischen Entscheidungen müssen – unter Einbeziehung digitaler Medien – weiterentwickelt werden. Dabei ist die Funktion der Jugendverbände und Jugendringe als Interessenvertretung junger Menschen zwingend zu achten.
- Durch einen gemeinsam mit den Jugendverbänden entwickelten Jugendcheck müssen bei allen Vorhaben des Landes die Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden. Sofern eine besondere Relevanz der Vorhaben für Jugendliche gegeben ist, muss eine verbindliche Beteiligung junger Menschen unter Einbeziehung der Jugendverbände gesetzlich geregelt werden.
- Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landespolitik vertreten, müssen vermehrt angehört und deren Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden.
- Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen muss auf 14 Jahre gesenkt werden.

Bildung

Eine ganzheitliche Bildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche Gesellschaft. Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe und damit ein wesentlicher Faktor bei der Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut. Für die Zukunftschancen junger Menschen ist eine zukunftsfähige und umfassende Bildung daher wichtiger denn je. Dabei ist Bildung sowohl Kompetenz- als auch Wissenserwerb und findet in unterschiedlichen Zusammenhängen statt: u.a. in der Familie, im Kindergarten, unter Gleichaltrigen, in der Schule, bei Angeboten bzw. in Strukturen der Jugendarbeit, in den Medien und in der weiterführenden Ausbildung. Daher muss Bildung als ganzheitlicher Prozess begriffen werden, an dem eine Vielzahl an Akteur-inn-e-n beteiligt ist. Gelingende Bildung braucht daher eine gleichberechtigte und konstruktive Zusammenarbeit aller Bildungsträger. Jugendverbände als Orte des non-formalen Kompetenz- und Wissenserwerbs sowie informeller Bildungsprozesse in geschützten Räumen leisten dazu seit Jahren ihren Beitrag. Es ist notwendig, diesen Beitrag anzuerkennen.

Konkret fordern wir:

- Bildung muss mehr sein als Schule. Außerschulische Bildung muss als gleichberechtigter Partner in einer Bildungslandschaft gesehen und daher aufgewertet und gefördert werden. Zudem müssen außerunterrichtliche Angebote der Ganztagschulen über ein Bildungsbüro schulübergreifend koordiniert und für Schüler-innen aller (Ganztags)Schulen offen sein, um dadurch die Diversität zu fördern, junge Menschen mit unterschiedlichen Bildungsniveaus zu erreichen und das Entstehen neuer Freundschaften zu erleichtern. Dafür müssen entsprechende Strukturen geschaffen und Ressourcen (finanziell, personell und materiell) zur Verfügung gestellt werden.

- Die Bildungschancen junger Menschen müssen unabhängig von ihrer (fam.) finanziellen Situation sein. Schulische und außerschulische Bildungsangebote müssen grundsätzlich kostenfrei sein. Allen jungen Menschen, die in Niedersachsen leben, müssen die erforderlichen Mittel für eine gute Bildung zur Verfügung gestellt werden; dazu gehört auch die Lernmittelfreiheit an Schulen.
- Lehrpläne an Schulen und Hochschulen müssen entfrachtet und zeitgemäß weiterentwickelt werden.
- Schule und weitere Bildungsorte müssen ein Ort des vielfältigen, gewalt- und diskriminierungsfreien Lernens sein.
- In einer Zeit, in der Kriege und militärische Konflikte weltweit zunehmen, müssen Schulen einen besonderen Fokus auf Friedenserziehung legen, beispielsweise, indem sie die Schüler:innen befähigen, Konfliktursachen zu verstehen und zu hinterfragen.
- Ein auswahlfähiges, qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsplätzen muss gewährleistet werden. Schon während der beruflichen Erstausbildung muss den jungen Erwachsenen ein eigenständiges Leben möglich sein, was eine angemessene Vergütung voraussetzt. Ehrenamtliches Engagement muss auch in der Ausbildung gewürdigt und anerkannt werden.
- Medienkompetenz ist eine zentrale Schlüsselkompetenz und muss als solche in der schulischen und außerschulischen Bildung fester Bestandteil sein. Wichtig ist, dass junge Menschen schon früh lernen, sich Informationen zu erschließen und eigenständig zu bewerten. Die Bildungsträger müssen für dieses Aufgabenfeld qualifiziert werden und insbesondere müssen freie Träger die notwendigen Ressourcen erhalten.
- Die Jugendverbände begrüßen die Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung. Hauptaufgabe der Landeszentrale muss es sein, die Träger der politischen und gesellschaftlichen Bildung zu vernetzen sowie die Weiterentwicklung und Durchführung von Bildungsangeboten zu fördern und dadurch die zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken.
- Auch jungen Menschen, die derzeit keine oder nur eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis in Deutschland haben, müssen eine schulische Bildung und die Teilhabe an außerschulischen Bildungsangeboten ermöglicht werden.

Förderung und Struktur

Junge Menschen dürfen nicht die Leidtragenden einer haushälterischen Konsolidierungspolitik sein. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts darf nicht zu Lasten einer zukünftigen Generation umgesetzt werden. Vielmehr brauchen junge Menschen die bestmöglichen Startchancen in die Gesellschaft. Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendarbeit leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Daher darf bei den Ausgaben für Kinder und Jugendliche nicht gespart werden. Die seit Jahren fehlende Erhöhung von Fördermitteln für die Jugendarbeit bedeutet de facto eine schleichende Entwertung der Förderung.

Konkret fordern wir von der Niedersächsischen Landespolitik:

- Das Land Niedersachsen muss seine Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit wieder stärker wahrnehmen. Dazu gehören eine fachliche und zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Jugendarbeit und eine Stärkung der Rolle der freien Träger.
- Die Förderung der Jugendarbeit muss entbürokratisiert werden.
- Die Bildungsmittel für Jugendarbeit müssen um 2.000.000 € erhöht werden. Darüber hinaus bedarf es einer jährlichen Erhöhung als Inflationsausgleich.
- Das Förderprogramm Generation³ muss auch über das Jahr 2019 hinaus jungen Menschen flexibel und jugendverbandsnah Fördermittel zur Verfügung stellen. Generation³ hat, wie auch das Vorgängerprogramm Generation 2.0, gezeigt, dass Jugendarbeit mit kreativen und innovativen Projekten auf aktuelle Herausforderungen reagieren kann, wenn dafür die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- Zur Sicherung infrastruktureller Rahmenbedingungen müssen die bestehenden jugendverbandlichen Bildungsstätten und Jugendeinrichtungen erhalten bleiben und verstärkt gefördert werden.

Ehrenamtliches Engagement

Die wesentliche Grundlage aller Jugendarbeit ist das ehrenamtliche Engagement der vielen tausend Jugendleiter-innen. Das gilt in besonderem Maße in Niedersachsen, denn in keinem anderen Bundesland wurden bis heute so viele Juleicas ausgestellt. Doch damit dieses Engagement möglich wird, bedarf es grundlegender Rahmenbedingungen. So ist eine professionelle Unterstützung für Ehrenamtliche bei einer zunehmenden Komplexität der jugendlichen Lebenswelt immer wichtiger. Doch leider gibt es in Niedersachsen im Bundesvergleich weniger hauptamtliches Personal als in anderen Bundesländern. Auch die Verdichtung der Schul- und Studienzeiten führt dazu, dass Schüler-innen und Student-inn-en immer weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement finden und dadurch die Verweildauer bei Trägern der Jugendarbeit immer kürzer wird. Dies steht konträr zu den wachsenden Anforderungen an die Jugendarbeit.

Für eine wirksame und nachhaltige Unterstützung der Ehrenamtlichen fordert der Landesjugendring:

- Das Land Niedersachsen muss mit einer Förderinitiative die regionale Ebene der Jugendverbände, Jugendringe und Jugendgruppen stärken. Dazu soll in jedem Jugendamtsbezirk eine „Regionalstelle für ehrenamtliches Engagement“ geschaffen werden, die ehrenamtlich Engagierte unbürokratisch vernetzt, qualifiziert und unterstützt.
- Der Bildungsauftrag von (Hoch)Schulen und Universitäten darf sich nicht alleine auf den Lernstoff der Fächer beschränken; Schüler-innen und Student-inn-en sollen ermutigt und motiviert werden, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dafür ist es notwendig, dass jungen Menschen die nötigen Zeitfenster für ehrenamtliches Engagement planbar im Rahmen von schulischen und universitären Pflichten freigehalten werden. Konkret müssen an Ganztagschulen mindestens zwei Nachmittage unterrichtsfrei sein. Weiter ist es notwendig, dass ehrenamtlich erworbene Qualifikationen auf das Studium angerechnet werden können.

- Das Land Niedersachsen muss mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Beschäftigten durch Freistellungen und Lohnfortzahlungen ehrenamtliches Engagement bei der Betreuung von Ferienfreizeiten und Seminaren ermöglichen. Solche Regelungen müssen auch bei Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, umgesetzt werden.
- Weiter muss die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports so angepasst werden, dass die Arbeitsbefreiung nicht nur auf höchstens drei Veranstaltungen im Jahr beschränkt ist, sondern die festgeschriebenen zwölf Tage unter den bestehenden Antragsfristen ohne Einschränkung einer Anzahl der Veranstaltungen genommen werden können. Eine Harmonisierung der verschiedenen Regelungen der Bundesländer, mindestens auf dem niedersächsischen Niveau, ist anzustreben.

Vielfalt

Vielfalt bereichert und prägt das Zusammenleben in der Gesellschaft. Vielfalt muss als Chance gesehen werden. Alle jungen Menschen, unabhängig von individuellem oder familiärem Bildungsgrad und Einkommen, Geschlecht, Familienform, Religion, kultureller und familiärer Herkunft, sexueller Orientierung, Aufenthaltsstatus, körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen haben das gleiche Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Kein junger Mensch darf diskriminiert oder angefeindet werden. Diversitätsbewusstsein und Diskriminierungskritik müssen als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden.

Konkret fordern wir:

- Migrant-inn-enjugendselbstorganisationen (MJSOen) sind eigenständige Zusammenschlüsse junger Menschen mit Migrationshintergrund. Hier gestalten sie eigenständige Angebote der Jugendarbeit. Der Aufbau von MJSOen muss durch das Land mit speziellen Förderinstrumenten unterstützt werden.
- Die gesellschaftliche Teilhabe junger Geflüchteter darf nicht an fehlenden finanziellen Ressourcen der Geflüchteten scheitern. Spezielle Fördermittel müssen allen jungen Menschen die Teilhabe an den Angeboten der Jugendarbeit ermöglichen.
- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gleich welcher Herkunft sind in erster Linie eins: junge Menschen. Leistungen der Jugendhilfe müssen allen jungen Menschen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Deshalb darf es für junge Geflüchtete keine Jugendhilfe „zweiter Klasse“ geben – dafür soll sich das Land Niedersachsen in seinem eigenen Regelungsbereich und auch auf Bundesebene einsetzen.
- Die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen gilt es weiterzuentwickeln, zu qualifizieren, zu optimieren und nachhaltig zu verankern, dies gilt auch für Angebote der Jugendarbeit. Um diese inklusiver zu gestalten, bedarf es entsprechender Ressourcen.
- Noch immer ist für junge Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm der Mehrheitsgesellschaft entsprechen, die Entfaltung der sexuellen Orientierung schwierig. Daher bedarf es neben allgemeinen Informations-, Sensibilisierungs- und Anti-Diskriminierungsangeboten auch der Unterstützung und Begleitung von jungen Menschen.
- In einer vielfältigen Gesellschaft ist kein Platz für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und rechte Hetze. Daher müssen mit aller Kraft Vorurteile abgebaut werden und es muss vielfaltsfeindlichen Gedanken entgegengetreten und aktiv entgegengewirkt werden. Diese Haltung fordern wir von allen politischen Akteur-inn-en.

Digitale Gesellschaft

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet auch für junge Menschen große Herausforderungen. Sie wachsen heute in einer digitalen Gesellschaft auf. Darauf müssen sie bestmöglich vorbereitet werden. Gleichzeitig müssen die Chancen der Digitalisierung genutzt und die Rahmenbedingungen konstruktiv gestaltet werden. Niedersachsen geht einen Erfolg versprechenden Weg in der medienpolitischen Debatte. Nun kommt es darauf an, Qualifizierungsbausteine nachhaltig zu verankern und Beteiligungsplattformen zu initiieren. Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden. Dabei kommt dem Feld der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu – wird doch hier der Fokus auf gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung gelegt.

Konkret fordern wir:

- Das Land Niedersachsen muss dazu beitragen, einen flächendeckenden Zugang zu schnellem Internet zu gewährleisten. Dazu gehört auch ein freier Zugang in öffentlichen Einrichtungen wie auch in Einrichtungen der Jugendarbeit.
- Im Sinne von Open Data und Open Government gilt es, offene und transparente Prozesse und Schnittstellen in den politischen Entscheidungen zu etablieren. Jugendarbeit, in ihrer Funktion als Sozialisationsinstanz und Sprachrohr jugendpolitischer Interessen, kann und muss hier eine zentrale Rolle spielen.

Lebenswelten

Das Land Niedersachsen muss auch zukünftig ein attraktiver Lebensort für junge Menschen sein. Gesellschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, Globalisierung und Digitalisierung stellen massive Anforderungen an junge Menschen und sind mit Unsicherheiten für die eigene Lebensplanung verbunden. Daher müssen die Rahmenbedingungen für ein jugendgerechtes Aufwachsen und die Aussicht auf eine lebenswerte Gesellschaft von morgen sichergestellt werden.

Konkret bedeutet das:

- Junge Menschen brauchen eine klare berufliche Perspektive. Daher bedarf es eines Rechtsanspruchs auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz. Niedersachsen als Agrar-, Industrie und Dienstleistungsstandort muss auch in Zukunft Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen zur Verfügung stellen.
- Nachhaltiges und ökologisches Handeln muss ein wesentlicher Prüfstein bei allen politischen Handlungen sein. Eine lebenswerte Umwelt muss auch zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen. Das Land muss alle Anstrengungen unternehmen, Umweltbelastungen wie die Verunreinigung von Böden, Luft und Gewässern zu verhindern.
- Es ist wichtig, bei der Diskussion um den demografischen Wandel dem Blickwinkel junger Menschen eine besondere Bedeutung beizumessen, denn die Antwort auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft muss mehr sein, als seniorengerechte Lebensräume und barrierefreie Infrastruktur. Die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs müssen für junge Menschen kostenlos und entsprechend ihrer Bedürfnisse, ihrer Ansprüche an Freizeit-Gestaltung, ihrer Zeit-Rhythmen und ökologischer Standards weiterentwickelt werden. Dazu gehören Bahnverbindungen, Schnellbuslinien, Bedarfsverkehre und Carsharing-Angebote. Es muss gewährleistet werden, dass junge Menschen in allen Teilen des Landes gleiche Lebensbedingungen für ein jugendgerechtes Aufwachsen vorfinden.

Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017

Jugendarbeit in Niedersachsen - nachhaltig und klimafreundlich

Für junge Menschen haben Nachhaltigkeit und der verantwortungsbewusste Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen eine besondere Bedeutung – sie werden am längsten mit den Folgen der heutigen Politik leben und auf dieser Grundlage zukünftig Entscheidungen treffen müssen. Die Jugendverbände in Niedersachsen sind sich dessen bewusst und arbeiten aktiv im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat auf der Weltklimakonferenz 2015 in Paris beschlossen, die Erderwärmung deutlich auf unter 2 Grad zu begrenzen. Um dieses enorm wichtige und zugleich sehr ambitionierte Ziel zu erreichen, sind alle gesellschaftlichen Akteure weltweit gefordert.

Die Jugendverbände in Niedersachsen tragen bereits heute ihren Teil dazu bei. Sie haben schon vor vielen Jahren die Wichtigkeit des Klimaschutzes und die hierfür notwendige Reduzierung von CO₂-Emissionen in ihren Zusammenhängen erkannt. Allein mit den im aktuellen Projekt „Klima-Challenge“ registrierten Verbandsaktionen (81 Aktionen am 29.01.2017, aktuellster Stand siehe www.klima-challenge.de) konnten bis zum letzten Etappenziel von 200.000 Klimapunkten bereits 30 Tonnen CO₂ eingespart werden. Auch die Entwicklung des Klima-Challenge-Klima-Checks, bei dem Büros und Einrichtungen auf Klimafreundlichkeit überprüft werden können, und viele weitere Aktionen und Maßnahmen unterstreichen das Verantwortungsbewusstsein der Jugendverbände.

Gleichzeitig sind sich die Jugendverbände bewusst, dass dieses Engagement noch nicht ausreicht, um den drohenden Klimakollaps abzuwenden. Deshalb werden sie weiterhin dafür streiten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die klimaneutrale und klimafreundliche Investitionen fördern und klimafreundliche Lebensstile unterstützen.

Als einen konkreten Schritt in diese Richtung werden sich die niedersächsischen Jugendverbände noch stärker als bisher bemühen, klimaschädliches Verhalten im Rahmen ihrer jugendverbandlichen Aktivitäten einzuschränken und beispielsweise Einweggeschirr auf ihren Veranstaltungen zu vermeiden und bei der Auswahl von Veranstaltungsorten die klimafreundliche Erreichbarkeit mitzubedenken.

In Niedersachsen fordern wir insbesondere die Landesregierung auf, sich für eine starke Klimaschutzpolitik einzusetzen. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Niedersachsen ist ein richtiger Schritt dahin. Es kommt nun darauf an, u.a. die hier erwähnte Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen tatsächlich als Bildungsaufgabe und Bildungsziel zu verstehen, die Strategie dahingehend weiter auszuarbeiten, konsequent umzusetzen und mit Leben zu füllen.

Wir fordern das Land Niedersachsen konkret auf:

- Das Land muss Jugendverbände dabei unterstützen, Bildungsstätten in Trägerschaft von Jugendverbänden energetisch zu sanieren und mit energieeffizienter Ausstattung zu versehen. Hierzu gehört die Beratung zu Fördertöpfen, die Unterstützung bei der Antragstellung und ggf. eine Anpassung von Förderprojekten an die Bedürfnisse der Jugendverbände.
- Bildungsarbeit für Klimaschutz muss intensiviert und nachhaltig verankert werden. Das Projekt Klima-Challenge zeigt, wie Jugendliche und Jugendgruppen zum Thema Klimawandel sensibilisiert und zum Aktivwerden motiviert werden können. Die Gegenleistungen des Ministers (vgl. www.klima-challenge.de) motivieren hierbei und sind wichtige Zeichen, dass das Engagement von Jugendlichen ernst genommen wird. Es darf aber nicht dabei bleiben, im Wettbewerbsverfahren Gegenleistungen zu erbringen – das jugendliche Engagement muss belohnt und Anreize dazu müssen nachhaltig verankert werden. Auch nach dem Projektende der Klima-Challenge muss das Land Jugendverbände dabei unterstützen, das wichtige Thema Klima neben vielen anderen wichtigen Themen bearbeiten zu können. Hierzu ist ein Folgeprojekt notwendig, das die Dringlichkeit des Themas hervorhebt, das Engagement für Klimaschutz weiterhin fördert und das den unterschiedlichen Zielgruppen der Jugendverbände Rechnung trägt.
- Klimafreundliche Mobilität muss landesweit verbessert werden. Das geplante Landesbusliniennetz ist ein richtiger Schritt dahin. Elektromobilität muss gefördert werden und insbesondere müssen Radwege (auch für E-Bikes) landesweit ausgebaut werden. Für Juleica-Inhaber-innen soll es Ermäßigungen im ÖPNV geben, um ehrenamtliches Engagement klimafreundlich wertzuschätzen.

Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017

Schutz des Kindeswohls: Verlässliche Erreichbarkeit schaffen

Der Schutz des Kindeswohls ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Jugendverbände sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst und setzen entsprechend eine stetige Sensibilisierung und Ausbildung um. Bereits 2013 hat die Vollversammlung des LJR den Antrag „Qualitative Jugendarbeit ist aktiver Schutz von Kindern und Jugendlichen“ beschlossen.

Durch die verstärkte Prävention, Fortbildung und Sensibilisierung in den Jugendverbänden wie auch durch die gewachsene Kompetenz der jungen ehrenamtlichen Mitarbeitenden nehmen junge Menschen verstärkt Jugendverbände als geschützte Räume wahr, in denen sie sich offenbaren können, unabhängig davon, in welchem Lebensbereich die Gefährdung stattgefunden hat. Sie suchen Beratung und Unterstützung bei den Personen ihres Vertrauens und geschulten Mitarbeitenden des jeweiligen Verbandes. Daher sind Jugendverbände in dieser Arbeit auf ein gutes Zusammenspiel mit staatlich eingerichteten Stellen angewiesen, die auch für die spezifischen Bedürfnisse der Jugend(verbands)arbeit entsprechend ausgestattet sein müssen.

Allerdings hat sich gezeigt, dass die Beratungsmöglichkeiten in Niedersachsen nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, insbesondere mit Blick auf die verlässliche Erreichbarkeit. Fachkräfte waren sowohl in den Jugendämtern als auch in den Fachberatungsstellen mit „insoweit erfahrenen Fachkräften“ besonders in den Ferienzeiten teils nur schwer bis gar nicht erreichbar. Darüber hinaus sind in einigen Regionen Niedersachsens diese Stellen nicht besetzt. Hier gilt es, deutlich nachzubessern, um die Fälle von Kindeswohlgefährdung zeitnah bearbeiten zu können und diesen wichtigen Bereich der Jugendarbeit zu unterstützen. Im Rahmen von Freizeiten und ähnlichen Maßnahmen ist es notwendig, zügig handeln zu können, um die Belastung für die Betroffenen wie auch für die Mitarbeitenden sowie die ehrenamtlichen Jugendleiter-innen und gegebenenfalls die Gruppe so gering wie möglich zu halten.

Insofern fordern wir, dass in jedem Jugendamtsbereich gewährleistet wird, dass innerhalb von 24 Stunden der Kontakt zu einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ herstellbar ist.

Wir fordern die öffentlichen Träger und die Politik auf, hier ihre Verantwortung wahrzunehmen und die personellen Ressourcen für eine verlässliche Erreichbarkeit zu gewährleisten! Zusätzlich fordern wir, dass Fachkräfte für die Zusammenarbeit mit Jugendverbänden und insbesondere mit ehrenamtlich Mitarbeitenden entsprechend qualifiziert sind.

Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017

Jetzt global handeln - wir brauchen eine aktivere Friedenspolitik!

Kriege und Konflikte auf der Welt nehmen massiv zu. Kinder und Jugendliche sind davon besonders betroffen. So haben nach Einschätzung von UNICEF noch nie so viele Kinder unter den Folgen von Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen gelitten wie heute - weltweit wachsen rund 250 Millionen Mädchen und Jungen in Konfliktgebieten auf. Durch zunehmenden Reichtum auf der einen Seite sowie Armut, Hunger und Not auf der anderen Seite entsteht außerdem eine Spirale von Ungerechtigkeit.

Kinder und Jugendliche nehmen Gewalt aktiv wahr und flüchten oftmals in vermeintlich sichere Länder. Wir, die Jugendverbände Niedersachsens, geben daher geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Rahmen unserer Aktivitäten Raum zur Entfaltung und unterstützen sie aus unserem Selbstverständnis heraus bei ihrer Integration in Niedersachsen. Dabei erleben wir aber leider auch, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche oftmals wenig Aussicht auf Frieden in ihren Heimatländern sehen.

Die zunehmende Unsicherheit und Sorge um den Frieden ist allgemein für junge Menschen in Niedersachsen spürbar. Jugendliche setzen sich daher verstärkt mit friedenspolitischen Themen und friedens-ethischen Fragestellungen auseinander. So gab es kürzlich Projekte der niedersächsischen Jugendverbände zur Gewaltprävention, zum Umweltschutz, zur Integration von Flüchtlingen, zur Einflussnahme bei politischer Willensbildung und zu übergeordneten Begriffen wie Frieden, Toleranz und Demokratie.

Aus all diesen Gründen sind wir der festen Überzeugung, dass eine aktivere Friedenspolitik unerlässlich ist.

Wir stellen jedoch fest, dass sich politische Entscheidungsträgerinnen für die Erhöhung militärischer Mittel einsetzen und die weltweiten Rüstungsausgaben in den letzten Jahren gestiegen sind. Auch in Deutschland wurde für dieses Jahr eine Erhöhung des Wehretats beschlossen und die Bundesregierung hat in der längerfristigen Finanzplanung eine massive Aufstockung des Verteidigungshaushalts bis 2020 festgelegt. Wir sagen klar: Eine Erhöhung der Militärausgaben kann nicht den Frieden sichern! Im Gegenteil: Aufrüstung ist ein Zeichen dafür, sich auf Kriege vorzubereiten. So kann ein Wettüben entstehen, welches Unsicherheit in der Bevölkerung und kriegerische Konflikte der Länder schürt und sie nicht eindämmt. Vielmehr

muss Friedenspolitik, beispielsweise in Form von Konfliktvermittlung und Stärkung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland, ausgebaut werden.

Wir, die Jugendverbände Niedersachsens, engagieren uns für eine globale, friedvolle Gesellschaft, in der Menschlichkeit und Solidarität aktiv gelebt werden. So fordern wir die Landesregierung, die Landtagsabgeordneten sowie die Bundestagsabgeordneten Niedersachsens dazu auf, im Rahmen ihrer globalen Verantwortung, wie zum Beispiel im Bundestag, im Bundesrat oder bei der Gestaltung der multi- und bilateralen Beziehungen des Landes und der Landesparteien, folgende Punkte zu beachten und umzusetzen:

- Grundsätzlich muss Friedenspolitik Priorität haben. Aktive Krisenprävention und diplomatische Begleitung bei Konflikten von Akteur-inn-en in Krisen und Kriegssituationen müssen gewährleistet sein. Rüstungsexporte behindern die Friedenspolitik und müssen massiv eingedämmt werden.
- Soziale Ungleichheitsgefüge müssen abgebaut werden, soziale Gerechtigkeit muss Handlungsanleitung einer aktiven Friedenspolitik sein.
- Mittel für die Weiterentwicklung des „Vorrangs für Ziviles“, für Konfliktmanagement, für die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und Stabilisierung von Demokratisierungsprozessen müssen erhöht werden.
- Eine systematische Analyse der Konfliktursachen, die auch aus Handlungsfeldern deutscher Wirtschafts-, Handels-, Rohstoff- oder Klimapolitik erwachsen, ist dringend notwendig, um ihnen entgegenwirken zu können.
- Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss intensiviert werden, damit Menschen ihre Heimat gar nicht erst verlassen müssen. Es braucht eine Überarbeitung der Hilfsprogramme, die sowohl kurzfristige als auch langfristige Hilfen, beispielsweise bei der Armutsbekämpfung und dem Struktur- und Kompetenzaufbau vor Ort, vorsehen.
- Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Frauen, deren Angehörige fliehen und die in ihren Heimatländern zurückbleiben und dort häufig Gewalt ausgesetzt sind, müssen stärker berücksichtigt werden.
- Werbekampagnen der Bundeswehr, die sich an Minderjährige richten, müssen verboten werden, denn deren Persönlichkeitsentwicklung ist oftmals noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass der eigene Umgang mit Waffen reflektiert und militärische Einsätze der Bundeswehr eingeordnet und bewertet werden können. Eine Verherrlichung des „Dienstes an der Waffe“, kann die Folge sein. Entscheiden sich Schulen oder andere Bildungseinrichtungen, Aufgaben und Strukturen der Bundeswehr zu vermitteln, müssen diese Informationen ausgewogen vermittelt werden und auch zivile Krisenprävention und zivilgesellschaftliche Akteur-inn-e-n möglichst eingebunden werden, um ein Bildungsgleichgewicht zu erzeugen.
- Die vielfältigen Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung müssen finanziell weiter ausgebaut werden, um neben militärischen Angeboten auch zivile Krisenprävention und zivilgesellschaftliche Akteur-inn-e-n zu stärken. Dabei spielt auch jugendverbandliches Potenzial eine wichtige Rolle: Demokratie- und Wertebildung, interkulturelles Lernen, ein verantwortungsvolles Engagement und die Förderung eines politischen Bewusstseins werden hier in einer prägenden Altersstufe vermittelt.

**Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendring Niedersachsen e.V.
am 04.03.2017**

**Forderung der Freilassung von Deniz Yücel und anderen in der
Türkei inhaftierten Journalist-inn-en**

Der Landesjugendring fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, sich aktiv für die Freilassung von Deniz Yücel und anderen der in der Türkei inhaftierten kritischen Journalist-inn-en zu engagieren.

Wir fordern die Landesregierung auf, durch einschlägige Rechtsregelungen dafür Sorge zu tragen, dass die Schulen, Ausbilder-innen und/oder Universitäten sich dem nicht länger entziehen können.

2. Die Vollversammlung des Landesjugendrings fordert von der Landesregierung, dass der § 1 Punkt (4) des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports*: „*Der Arbeitsbefreiung darf kein dringendes betriebliches Interesse entgegenstehen*“, gestrichen oder abgeschwächt wird. Diese gesetzliche Regelung führt dazu, dass viele Arbeitgeber sich pauschal darauf berufen und keine Arbeitsbefreiung gewähren bzw. Ehrenamtliche sich nicht trauen, Arbeitsbefreiung zu beantragen. Und dass der §2 des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports* dahingehend angepasst wird, dass die Arbeitsbefreiung nicht nur auf höchstens drei Veranstaltungen im Jahr beschränkt ist, sondern die festgeschriebenen zwölf Tage unter den bestehenden Antragsfristen ohne Einschränkung einer Anzahl der Veranstaltungen in Anspruch genommen werden können.
3. Die Vollversammlung des Landesjugendrings beauftragt den Vorstand des Landesjugendrings, die Entscheiderinnen und Entscheider an Schulen, Ausbildungsstätten, Hochschulen und im Beruf über die jeweils zutreffenden gesetzlichen Grundlagen stärker zu informieren und zu sensibilisieren.

*vom 29.06.1962 – Nds. GVBl. Nr. 15/62 – geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports vom 25.05.1980 – Nds. GVBl. Nr.19/80.

Beschluss der 39. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 05.03.2016

Wir. Stark für ein jugendgerechtes Niedersachsen

Wir, die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände, sind bunt und vielfältig. Jeder Verband repräsentiert junge Menschen mit unterschiedlichen Interessen. So verschieden die inhaltlichen Schwerpunkte der Verbände sowie die Hobbys und Interessen junger Menschen auch sind: Vereint sind die Jugendverbände in dem gemeinsamen Wirken für ein jugendgerechtes Niedersachsen.

Diese Vielfalt ist die Stärke des Landesjugendrings, denn diese Pluralität ist die Grundlage dafür, die Interessen aller jungen Menschen in Niedersachsen vertreten zu können. Seit jeher respektieren die Jugendverbände die unterschiedlichen Positionen anderer Mitgliedsverbände und diskutieren auf dieser Grundlage die gemeinsamen Werte, jugendpolitischen Ziele und Vorstellungen einer jugendgerechten Gesellschaft. Die Mitgliedsverbände sind sich bewusst, dass Positionen einzelner Verbände auch den Einschätzungen anderer Verbände widersprechen können, und akzeptieren diese Unterschiede als konstruktive Basis für einen diskursiven Austausch.

Jeder Verband hat seine eigene Geschichte, thematischen Schwerpunkte und Prägungen - durch eine vielfältiger werdende Gesellschaft und neue Mitgliedschaften im LJR bekommen auch neue Themen eine Relevanz und einige bestehende Themen eine andere Bedeutung. Die Jugendverbände im Landesjugendring wissen von den unterschiedlichen Ausgangslagen und respektieren diese. Im Dialog steht die Entwicklung einer gemeinsamen Zukunftsperspektive im Mittelpunkt.

Dazu gehört es auch, sich mit unterschiedlichen familiärhistorischen, biografischen und kulturellen Hintergründen zu befassen. Auf dieser Basis stoßen wir Lern- und Diskussionsprozesse für mehr kulturelle Sensibilität, mehr Toleranz und Verständnis für die Lebenslagen anderer junger Menschen an und entwickeln daraus unsere gemeinsame Haltung für eine demokratische, vielfältige und jugendgerechte Gesellschaft weiter.

Zentral ist für uns die Anerkennung der demokratischen Grundordnung und des Grundgesetzes. Wir dulden in den Verbänden keine demokratiefeindlichen Haltungen und keine menschenverachtenden Positionen. Durch ihr ju-

gendarbeiterisches Wirken setzen sich die Jugendverbände aktiv für Partizipation, Teilhabe, Chancengleichheit, Toleranz und Respekt ein - antidemokratischen oder fanatischen Tendenzen bei einzelnen Jugendlichen treten sie entschieden und mit pädagogischen Mitteln entgegen. Das Selbstverständnis, die Arbeitsweisen und Methoden der Jugendverbände sind die besten Mittel für eine demokratische Sozialisierung und gegen Neofaschismus und Rassismus.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen gehen mit gutem Beispiel voran: In einer bunten und vielfältiger werdenden Gesellschaft sind politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe aller wichtiger denn je-
mals zuvor. Freiräume für politische Bildung, Selbsterfahrung und konstruktiven Diskurs junger Menschen sind dafür unverzichtbar. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst und werden auch zukünftig unseren Beitrag zu einer vielfältigen, toleranten, demokratischen und jugendgerechten Gesellschaft leisten.

Gleichzeitig fordern wir alle gesellschaftlichen Kräfte auf, ebenfalls für ein vielfältiges, tolerantes, demokratisches und jugendgerechtes Niedersachsen einzustehen.

**Beschluss der 39. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 05.03.2016**

**Gleiche Lebensbedingungen und Chancen für
alle Kinder, Jugendlichen und jungen
Erwachsenen! Gegen Diskriminierung und
Benachteiligung von Geflüchteten!**

2015 waren fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht, in diesem Jahr werden es voraussichtlich noch mehr sein. Nur für wenige ist die riskante und teure Flucht in die Zentren der restlos kapitalisierten Welt eine Option. Von den wenigen, die sie antreten, erreichen nur manche ihr Ziel - den Rest kostet die Flucht das Leben.

Erschrocken stellen wir dabei fest, dass in der öffentlichen Debatte geflohene Kinder und Jugendliche vor allem als Ausländer-innen wahrgenommen werden. Dies befeuert eine Diskussion, in der Menschen und deren Anwesenheit - vor allem in den Kommunen - als durch effizientes Verwaltungshandeln zu lösendes oder sogar unlösbares Problem gesehen werden. Gleichzeitig werden trotz eines Bekenntnisses der Jugendhilfe zu Rechten, die für alle Kinder und Jugendlichen gelten, diese Rechte immer wieder unterlaufen. Immer deutlicher sind außerdem Töne zu hören, die fordern, die Qualitätsstandards, die praktisch kaum durchgesetzt sind, auch auf dem Papier außer Kraft zu setzen oder gleich die Rechte von geflohenen Kindern und Jugendlichen zu beschneiden, also z.B. die Schulpflicht für Kinder auszusetzen, bis deren Aufenthaltsstatus geklärt ist.

Vor diesem Hintergrund verurteilen wir auch den Versuch, verschiedene Forderungen - etwa nach der angemessenen Bezahlung von Pädagog-inn-en und die Versorgung von Geflüchteten - gegeneinander auszuspielen. Eine adäquate Vergütung von Pädagog-inn-en ist völlig unabhängig von der Geflüchteten-Thematik zu bewerten. Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, gleich welcher Herkunft, sind in erster Linie eins: junge Menschen.

Der Landesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen lehnen eine solche Einschränkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ab. Das Recht auf Bildung und alle anderen Kinderrechte sind die Rechte aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Daher lehnen wir als junge Menschen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten ab und fordern gleiche Rechte für alle jungen Menschen.

Dies beinhaltet auch die Verbesserung der rechtlichen Situation von ausländischen Kindern und Jugendlichen. Wir weisen darüber hinaus auf die Verantwortung der deutschen Politik für die Zustände in anderen Ländern und die Fluchtursachen hin, auch die deutsche Rüstungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik trägt zur Destabilisierung der Verhältnisse und zur Verarmung weiter Teile der Welt bei. Deshalb fordern wir:

- die Anhebung des Rechts auf Schulbesuch für geflüchtete Kinder und Jugendliche ohne anerkannten Schulabschluss oder (Berufs-)Ausbildung auf das 25. Lebensjahr. Keine Aussetzung der Schulpflicht für Schüler-innen mit unklarem Aufenthaltsstatus!
- die Anhebung des medizinischen Versorgungsniveaus nach AsylbLG auf das Niveau der gesetzlichen Krankenkassen, die Schaffung von einfachen und unbürokratischen Zugängen zu dieser medizinischen Versorgung, gerade bei Kindern und Jugendlichen, die in Geflüchtetenunterkünften leben.
- die Einrichtung von Lern- und Begegnungshäusern mit Freizeitangeboten, die Möglichkeiten zur individuellen Förderung und Begleitung nach der Schule bieten. Darüber hinaus fordern wir die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs durch die Kultusministerkonferenz zur Inklusion von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Schulen, der eine gezielte Förderung dieser Kinder und Jugendlichen möglich macht.
- die Möglichkeit für alle Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Herkunft, eine Ausbildung zu machen oder - bei entsprechender Qualifikation - zu studieren. Das bedeutet auch die Öffnung des BAföG-Systems für alle, die Leistungen nach AsylbLG beziehen, und einen staatlich nicht reglementierten Zugang zu Ausbildungsplätzen.
- die Unterstützung und die Verbesserung von Möglichkeiten zur Selbstorganisation junger Geflüchteter, da sie wesentliche Voraussetzungen sind, um tatsächlich in einer anderen Gesellschaft „anzukommen“. Denn nur, wer für seine Interessen selbstbewusst eintreten kann, kann etwas an seinen Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen ändern.
- die Erteilung einer sicheren Aufenthaltsgenehmigung für alle ausländischen Kinder und Jugendlichen, die eine Schule oder Hochschule besuchen oder eine Ausbildung machen.
- die Erteilung des Titels Daueraufenthalt-EU bei Abschluss einer Ausbildung oder eines Studiums in Deutschland.

Hier sind alle einfach junge Menschen - gleiche Lebensbedingungen und Chancen für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen! Daher sollte uns, den im LJR zusammengeschlossenen Jugendverbänden, bewusst sein, dass dies alles ein wichtiges Thema ist. Deshalb sind wir aktiv und bilden uns fort, z.B. durch die Amadeu Antonio Stiftung (AAS) und dessen Praxisstelle JU:AN antisemitismus- und rassistuskritische Jugendarbeit in Hannover. Diese wird daher vom Landesjugendring zu einem Kennenlernen eingeladen. Gleichzeitig werden bereits vorhandene Handlungsempfehlungen wie der 15-Punkte-Plan der AAS¹ oder der Leitfaden der BUNDjugend² nach Möglichkeit in der Praxis eingesetzt.

¹ <http://www.projekt-ju-an.de/15-punkte-plan/>

² <http://www.bundjugend.de/best-practice-leitfaden-veranstaltungen-mit-gefluechteten/>

Beschluss der 39. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 05.03.2016

Jugendarbeit als wichtigen Baustein zur Integration junger Geflüchteter stärken

Der Integration junger Geflüchteter kommt eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung zu: Die Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung aller jungen Menschen mit dem Ziel, sie zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu machen und ihnen ein gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen, ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Die Gemeinschaftsfähigkeit der in einem Gemeinwesen lebenden Menschen bildet die Grundlage sowohl für den Fortbestand als auch die Fortentwicklung einer Gesellschaft.

Junge Geflüchtete sind hier in einer besonderen Situation. Neue Lebensumstände, kulturelle Kontexte, Sprachbarrieren und die Hürden des Flüchtlingsstatus stellen besondere Herausforderungen dar. Neben den üblichen Unsicherheiten, die jeder junge Mensch in seiner Adoleszenz erlebt, sind junge Geflüchtete häufiger von traumatischen Erlebnissen und dem Verlust von Freund-inn-en und Familienangehörigen betroffen als andere gesellschaftliche Gruppen.

Der gesamten Gesellschaft in Deutschland kommt daher die Aufgabe zu, diesen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten, ihnen nicht nur eine schulische bzw. berufliche Ausbildung zuteil werden zu lassen, sondern sie auch bei der Entfaltung einer eigenen Persönlichkeit zu unterstützen. Dabei sind die Erfahrung von positiven Teilhabemöglichkeiten und von Selbstwirksamkeit sowie die große Chance der Partizipation an gesellschaftlichen und politischen Prozessen von besonderer Bedeutung - und hier kommt der Jugendarbeit als „Werkstatt der Demokratie“ eine besondere Aufgabe zu.

Die Jugendverbände in Niedersachsen stellen sich dieser Aufgabe und wollen ihren Beitrag zur Integration und Teilhabe junger Geflüchteter leisten.

Damit dies gelingen kann, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Mitgliedsverbände im Landesjugendring fordern daher:

- Migrant-inn-enjugendselbstorganisationen kommt bei der Integration junger Geflüchteter oftmals eine besondere Bedeutung zu. Diese müssen

durch finanzielle und personelle Ressourcen in die Lage versetzt werden, zur Teilhabe junger Geflüchteter beizutragen.

- Die Jugendämter in Niedersachsen müssen freie Träger - und insbesondere die Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit - bei deren Engagement für die Arbeit mit jungen Geflüchteten unterstützen und beraten. In jedem Jugendamt muss es eine Ansprechperson geben, an die sich ehren- und hauptamtlich Mitarbeitende wenden können, wenn sie Unterstützung, Beratung oder ein Coaching für die Arbeit mit jungen Geflüchteten benötigen.
- Ferner müssen die Jugendämter die notwendigen finanziellen Ressourcen für - auch kurzfristige - Projekte der Jugendarbeit mit jungen Geflüchteten zur Verfügung stellen. Diese Förderung darf nicht zu Lasten der anderen Angebote der Jugendarbeit gehen.
- Die Teilhabe junger Geflüchteter an Angeboten der Jugendarbeit darf nicht an fehlenden finanziellen Ressourcen der Geflüchteten scheitern. Wir fordern den Bund und das Land Niedersachsen auf, durch spezielle Fördermittel allen jungen Menschen die Teilhabe an den Angeboten der Jugendarbeit zu ermöglichen. Bestehende Unterstützungsmöglichkeiten wie das Teilhabepaket müssen ausgeweitet, entbürokratisiert und bei der neuen Zielgruppe bekanntgemacht werden.
- Die Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden der Jugendarbeit für die Arbeit mit jungen Geflüchteten muss intensiviert werden. Die durch das Land geförderten Qualifizierungsangebote des Landesjugendrings sind ein erster, wichtiger Baustein, alleine aber nicht ausreichend.
- eine offene Willkommenskultur in den niedersächsischen Jugendverbänden, Regionen und der Gesellschaft, um geflüchteten Menschen in Deutschland ein Leben jenseits von Rassismus und Diskriminierung zu ermöglichen. Die Würde aller Menschen ist als gleich zu betrachten - unabhängig ihrer Religion, Nation, Ethnie, sexuellen Orientierung oder welchen Geschlechtes. Wir wollen alle, die in Not geflohen sind, mit unseren Möglichkeiten willkommen heißen, sie respektvoll behandeln und in unsere Gesellschaft aufnehmen - deshalb tragen der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände diese Thematik mit all ihren Facetten auf ihre verschiedenen Ebenen!

Beschluss der 39. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 05.03.2016

Arbeitsbefreiung: Rahmenbedingungen anpassen - Entscheiderinnen und Entscheider sensibilisieren

Jugendverbandsarbeit und außerschulische Jugendbildung tragen in Niedersachsen maßgeblich zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft bei. Ehrenamtliche im Flächenland Niedersachsen tragen für die Entwicklung unseres Gesellschaftsbildes in ihrer Arbeit eine hohe Verantwortung. Um diese Verantwortung wahrnehmen zu können, engagieren sie sich im Rahmen ihrer Freizeit und tragen wesentlich zu einem breiten, nicht kommerziellen Freizeit- und Bildungsangebot für junge Menschen in Niedersachsen bei. Die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen prägen zum einen die Ehrenamtlichen selbst und zum anderen ihr Umfeld in Gemeinwesen und Beruf.

Ehrenamtliche stehen allerdings vor Herausforderungen: Die Zeitverdichtung nimmt zu und durch Reformen im Bildungswesen verkürzen sich Ausbildungs- und/oder Studienzeiten. Dies nimmt Freiräume für außerschulische ehrenamtliche Jugend- und Jugendverbandsarbeit. Hier sehen wir einen drohenden Verlust von gesellschaftlich essentiellen Sozialkompetenzen, welche junge Menschen im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit erlangen.

Die Jugend- und Jugendverbandsarbeit in Niedersachsen hat eine sehr hohe Qualität. Sie ist deutlich mehr als das Verbringen von gemeinsamer Freizeit an einem gemeinsamen Ort. Hier wird unter anderem für ein jetzt und später gelingendes Leben gelehrt und gelernt.

Zunehmend beobachten wir in unserer Arbeit, dass ehrenamtlich Tätige im Rahmen ihres Engagements auf Hürden stoßen. Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitgeber reagieren nicht selten unsensibel auf berechtigte Freistellungsanträge im Rahmen der Jugendverbandsarbeit. Mit diesem Antrag sollen die Rahmenbedingungen für die Arbeitsbefreiung an die veränderten Bedürfnisse angepasst und die Entscheiderinnen und Entscheider in Schule, Ausbildungsstätten und Beruf sensibilisiert werden.

Deshalb fordern wir:

1. Die Vollversammlung des Landesjugendrings bittet die Landesregierung im Hinblick auf die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements um mehr

Freiheiten in den Ausbildungsstrukturen. Wir fordern die Landespolitik auf, Schulen, Ausbilder-inne-n und/oder Universitäten konkrete Handlungsmöglichkeiten für die individuelle, anlassbezogene und nachteilsfreie Freistellung von ehrenamtlich Tätigen zu ermöglichen.

2. Die Vollversammlung des Landesjugendrings bittet die Landesregierung darum, dass der §2 des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports¹ dahingehend angepasst wird, dass die Arbeitsbefreiung nicht nur auf höchstens drei Veranstaltungen im Jahr beschränkt ist, sondern die festgeschriebenen zwölf Tage unter den bestehenden Antragsfristen ohne Einschränkung einer Anzahl der Veranstaltungen genommen werden können.
3. Die Vollversammlung des Landesjugendrings beauftragt den Vorstand des Landesjugendrings, die Entscheiderinnen und Entscheider an Schule, Ausbildungsstätten und im Beruf über die jeweils zutreffenden gesetzlichen Grundlagen stärker zu informieren und zu sensibilisieren.

¹ vom 29.06.1962 - Nds. GVBl. Nr. 15/62 - geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports vom 25.05.1980 - Nds. GVBl. Nr.19/80.

Beschluss der 39. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 05.03.2016

Umsetzung des Rechts auf Ausbildung!

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert die Landesregierung Niedersachsens auf, die im Koalitionsvertrag 2013 festgeschriebene Ausbildungs-garantie nun auch tatsächlich in die Tat umzusetzen.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Vorrang hat die Ausbildung im dualen System. Wer dort keinen Ausbildungsplatz erhält, soll spätestens ein halbes Jahr nach Verlassen der Schule in eine anerkannte Berufsausbildung eintreten können. Diese wird in enger Kooperation mit Betrieben durchgeführt. Ziel ist es, dass die jungen Auszubildenden währenddessen möglichst unter Anerkennung der erbrachten Ausbildungsleistung in die duale Ausbildung der Betriebe übergehen und mehr junge Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung erfolgreich abschließen können. Gelingt der Übergang in die duale Ausbildung nicht, greift nach dem ersten Jahr die öffentlich geförderte Ausbildung, die mit einer Kammerprüfung abschließt.“

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. erinnert die Landesregierung daher daran, das Recht auf Ausbildung aller ausbildungsinteressierten jungen Menschen nun wie angekündigt umzusetzen. Die im Koalitionsvertrag formulierte Ausbildungs-garantie muss Realität werden.

Beschluss der 38. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2015

Zukunftschancen Jugendlicher sichern!

Der demografische Wandel wird auch in Niedersachsen vielfältige Auswirkungen haben und so ist er u.a. auch ein Handlungsschwerpunkt der Niedersächsischen Landesregierung. Jedoch wird in der politischen Debatte bislang häufig der Blick insbesondere auf ältere Menschen und Kinder gelegt. Jugendliche und junge Erwachsene werden nur selten angemessen berücksichtigt. Dabei sind junge Menschen - und auch die Jugendarbeit - vom demografischen Wandel besonders betroffen. Junge Menschen werden in einigen Regionen zukünftig prozentual eine immer kleinere Gruppe in der Gesamtbevölkerung ausmachen. Damit die Zukunftschancen Deutschlands aber nicht in dem Maße abnehmen wie der Anteil junger Menschen, muss es das gesamtgesellschaftliche Ziel sein, die Jugend zu stärken und ihr optimale Startchancen in die Gesellschaft zu bieten.

So ist es wichtig, bei der Diskussion um den demografischen Wandel dem Blickwinkel junger Menschen eine besondere Bedeutung beizumessen, denn die Antwort auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft muss mehr sein, als seniorengerechte Lebensräume und barrierefreie Infrastruktur, sondern muss auch die Bedürfnisse der kommenden Generationen in den Blick nehmen. Dazu zählen auch Investitionen in die Jugendarbeit - und damit in die Zukunft des gesellschaftlichen Engagements.

Der Landesjugendring fordert daher von der Niedersächsischen Landesregierung, auf allen Ebenen auf Folgendes hinzuwirken:

- **Bildungsinvestitionen sicherstellen:** Um jungen Menschen umfassende Bildungschancen zu bieten, muss es auch in Regionen mit weniger Jugendlichen ein umfangreiches Angebot der Jugendarbeit geben. Dafür bedarf es einer entsprechenden räumlichen, personellen und finanziellen Ausstattung, die sich nicht an der Zahl der Jugendlichen bemessen darf - kleinere Gruppen und eine geringere Bevölkerungsdichte führen zu einem niedrigeren „Kostendeckungsgrad“ und zu einem höheren Zuschussbedarf für die Angebote der Jugendarbeit.

- **Schlüssiges Gesamtkonzept als Grundlage:** Um insbesondere jungen Menschen eine umfassende, ganzheitliche Persönlichkeitsbildung zu ermöglichen, bedarf es eines guten Zusammenspiels der verschiedenen Bildungsorte, bei denen die Angebote und Leistungen der Jugendarbeit eine wichtige Rolle spielen. Zudem lassen die Zahlen zwar vermuten, dass junge Menschen weniger werden - sie werden zugleich aber auch vielfältiger. So wird z.B. die Zahl der jungen Menschen mit Migrationshintergrund weiter ansteigen. Umso wichtiger ist es, die Interessen und Potenziale aller jungen Menschen stärker in den Blick zu nehmen. Nicht nur, aber gerade auch in der Jugendarbeit. Dabei darf der Fokus nicht nur auf bestimmten Gruppen liegen.
- **Jugendarbeit ausbauen:** Insbesondere für die Regionen, in denen sowie so schon wenig junge Menschen leben, ergibt sich daraus eine zusätzliche Herausforderung: Denn viele der engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden für Studium, Ausbildung oder Arbeitsplatz die jeweilige Region verlassen und beenden zu diesem Zeitpunkt oftmals ihr Engagement. Junge, oftmals noch wenig erfahrene Engagierte zwischen 15 und 18 Jahren werden daher zukünftig häufiger auf sich gestellt sein - dadurch steigt der Qualifizierungs- und Unterstützungsbedarf. Daher ist es notwendig, dass die freien Träger der Jugendarbeit in die Lage versetzt werden, diesen Bedarf auch abdecken zu können. Der Landesjugendring Niedersachsen fordert dafür u.a. Regionalstellen für ehrenamtliches Engagement, die durch Online-Tools ergänzt werden sollten. Auch sollte die regionale und überregionale Vernetzung der Jugendarbeit befördert und Kontinuität gewährleistet werden. Hierfür muss die hauptamtliche Unterstützung für Jugendverbände und Jugendringe auf allen Ebenen ausgebaut und stärker öffentlich gefördert werden. Die Bedingungen erfordern verstärkte Anstrengungen der „Raumausstattung“ und personalen Unterstützung und keinesfalls geringere.
- **Beteiligung ermöglichen:** Durch das Altern der Gesellschaft droht die Bedeutung der Kinder- und Jugendpolitik schwächer zu werden. Eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft muss aber die Interessen der nachwachsenden Generationen verstärkt in den Blick nehmen. Um Gehör in einer zunehmend alternden Gesellschaft zu finden, müssen Kinder und Jugendliche daher Zugang zu kinder- und jugendgemäßen Beteiligungsangeboten haben. Zugleich müssen sie auch die Chance haben, sich in diesem Bereich zu erproben und ausreichend ausgebildet zu werden. Jugendverbänden fällt dabei eine wichtige Rolle zu, sie bieten innerverbandliche Mitbestimmungsmöglichkeiten und entsprechende Lernräume und vertreten die Interessen der jungen Menschen in der Öffentlichkeit. Dies alleine genügt jedoch nicht. Junge Menschen haben große Lust, sich einzubringen. Dies ist zu fördern mit jugendgerechten Angeboten der Mitsprache und Mitbestimmung.
- **Wahlalter absenken:** Der gesellschaftliche Stellenwert junger Menschen muss sich auch im politischen Handeln widerspiegeln, auch wenn dort weniger Stimmen für die nächste Wahl zu gewinnen sind. Der Landesjugendring fordert daher eine stärkere Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen und eine Absenkung des Wahlalters.

- **Debatte versachlichen und konkretisieren:** Die Folgen des demografischen Wandels werden politisch auf verschiedenen Ebenen diskutiert. Die anstehenden Veränderungen und Herausforderungen müssen dabei jedoch sachlich und zielführend beleuchtet werden - verkürzte Schlussfolgerungen oder vermeintlich „einfache“ Lösungen reichen nicht aus. Die Alterung der Gesellschaft führt nicht zu einer geringeren Notwendigkeit, sich mit strukturellen Problemen im Bereich der jungen Generation zu beschäftigen. Beispielhaft sei hier auf den Ausbildungsmarkt in Niedersachsen verwiesen: Nach wie vor fehlt es an qualifizierten Ausbildungsplätzen, um alle Interessierten adäquat versorgen zu können. Ein einfaches Vertrauen auf evtl. Effekte der demografischen Entwicklung ist fahrlässig!

**Beschluss der 38. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendring Niedersachsen e.V.
am 07.03.2015**

**Diskriminierung beenden: Mindestlohn auch
für Jugendliche!**

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert, die willkürliche Ausnahmeregelung, welche unter 18-Jährige kategorisch vom Mindestlohn ausschließt, abzuschaffen. Wir fordern die Landesregierung und den Landtag Niedersachsens daher auf, sich auf der Bundesebene für eine Anpassung der Gesetzeslage in diesem Sinne einzusetzen.

Beschluss der 38. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2015

Für ein tolerantes und solidarisches Miteinander - gemeinsam gegen Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. wird sich zukünftig verstärkt mit den Themen Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischer Rassismus auseinandersetzen. Beide Phänomene werden aus der sogenannten „gesellschaftlichen Mitte“ heraus reproduziert und gelebt und bedürfen einer detaillierten Betrachtung aus jugendpolitischer Perspektive. Die Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. sollen dabei gemeinschaftlich agieren und von gegenseitigem Austausch sowie unterschiedlichen Erfahrungen profitieren. Im Projekt neXTkultur wurden zahlreiche Kooperationen zwischen Jugendverbänden und Migrant-inn-en-Jugend-Selbstorganisationen (MJSO) begonnen und MJSOen strukturell unterstützt. Wir wollen diese Kooperationen gemeinsam weiter ausbauen.

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus soll dabei folgende Komponenten enthalten:

- eine strukturierte und dauerhaft koordinierte Auseinandersetzung mit den Charakteristika, Mechanismen, Ursachen und Folgen beider Phänomene
- die Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten und die Sammlung von Best-Practice-Modellen sowie Methoden der jugendverbandlichen Bildungsarbeit, um die inhaltliche Arbeit auch verbandsintern zu stärken
- Des Weiteren soll der LJR eine Position zum Antiziganismus entwickeln, welche in der Öffentlichkeit verbreitet wird, um es auch dort zum Thema zu machen!
- Außerdem soll sich der LJR entschieden gegen antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus positionieren und die alten Positionen erneuern.

Der Hauptausschuss wird beauftragt, zu klären, wie dies konkret umgesetzt werden kann.

Beschluss der 38. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2015

70 Jahre nach der Befreiung des Lagers Bergen- Belsen: Herausforderungen an eine aktive Gedenkkultur

Zum siebzigsten Mal jähren sich in diesem Jahr die Befreiung der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager des NS-Regimes und das Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Befreiung der Lager offenbart die schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte: Die Shoah mit rund sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden, der Porajmos, der Völkermord an den europäischen Roma, und unzählige weitere Verbrechen wurden in dem Ausmaß ihrer systematischen Durchführung von den Alliierten vor siebzig Jahren enthüllt. Britische Truppen befreiten am 15. April 1945 das Lager Bergen-Belsen und errichteten bereits 1952 eine Gedenkstätte. Doch insbesondere von Überlebenden wird ein aktives Gedenken gefordert. Nach und nach erhöhte sich in der Gesellschaft das Interesse an der Gedenkstätte und auch Jugendverbände fahren an diesen Ort. In den 1980er Jahren begann dann eine wissenschaftliche und pädagogische Arbeit in Bergen-Belsen; 2007 wurde mit der Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums die Forschungs- und Bildungsarbeit ergänzt.

Internationale Workcamps als wichtiger Bestandteil jugendverbandlichen Engagements

Seit Beginn der 1990er Jahren finden verstärkt Maßnahmen der Jugendverbände aus Niedersachsen auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen statt. Das Gelände wird vermessen, das sprichwörtliche Gras, welches über die Geschichte gewachsen ist, wird zurückgeschnitten, Fundamente werden freigelegt. Seit über zwanzig Jahren gibt es nun Internationale Jugendworkcamps in Bergen-Belsen, bis zu neun unterschiedliche Nationen, darunter Südafrika, Israel und Russland, sind daran beteiligt. Für die Jugendverbände in Niedersachsen ist die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus seit dieser Zeit ein wichtiger Teil ihrer Arbeit. Das Lernen und aktive Gedenken an Orten der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen spielt dabei eine besondere Rolle.

Sicherung der jugendverbandlichen Maßnahmen in Bergen-Belsen

Die Förderung des jugendverbandlichen Engagements in der Vermittlung der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocausts gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Wir fordern das Land Niedersachsen dazu auf, das Internationale Jugendworkcamp Bergen-Belsen der Jugendverbände des Landesjugendrings langfristig finanziell so abzusichern, dass es mindestens im bisherigen Umfang stattfinden kann. Nur so ist eine jugendgemäße, unabhängige Vermittlung und aktive Gedenkkultur zu gewährleisten. Für eine gelingende Durchführung muss auch die Möglichkeit bestehen, Fortbildungen für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen anzubieten. Daher fordern wir neben der Finanzierung des Internationalen Workcamps Bergen-Belsen einen zusätzlichen jährlichen Betrag für Qualifizierungsmaßnahmen. Des Weiteren fordern wir das Niedersächsische Kultusministerium auf, durch eine eindeutige Zweckbindung der Mittel den Fortbestand des Internationalen Jugendworkcamps sicherzustellen.

Verantwortungsvolle Vermittlung historisch-politischer Zusammenhänge

Die Internationalen Jugendworkcamps sind Zeichen der Solidarität zwischen den teilnehmenden Ländern. Zugleich werden junge Menschen dazu befähigt, das eigene Handeln verantwortungsvoll wahrzunehmen. Die Aktualität von Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen, einschließlich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, bleibt leider traurige Realität. Die unterschiedlichen Maßnahmen in Bergen-Belsen bieten interessierten Jugendlichen die Möglichkeit, sich am Gedenkort eines ehemaligen Lagers intensiv mit diesem zentralen Teil deutscher Geschichte zu beschäftigen. Ein wichtiges Kriterium dafür ist die Sicherung der Erinnerung und die Vermittlung der symbolhaften Bedeutung des Ortes, um Jugendliche darin zu unterstützen, einen eigenen Standpunkt zu finden. Davon ausgehend können sie lernen, eigene Prinzipien demokratischen Handelns zu vertreten. Wir haben als letzte Generation die Möglichkeit, noch mit Überlebenden des Holocausts persönlich zu sprechen. Insofern stehen wir vor der besonderen Herausforderung, mit diesem Vermächtnis verantwortungsvoll umzugehen und das Bewusstsein darüber für zukünftige Generationen erfahrbar zu machen. Die Vermittlung historischer Zusammenhänge 70 Jahre nach dem Holocaust wird demnach erschwert.

Positionierung für ein internationales Miteinander gegen Rassismus

Die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. möchten weiterhin aktiv an Gedenkort mit jungen Menschen arbeiten und somit Verantwortung tragen. Sie sehen es als wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, Räume zu schaffen, die junge Menschen aus der Beschäftigung mit der Geschichte heraus zu bürgerschaftlichem Engagement befähigen. Sie setzen sich dafür ein, dass auch zukünftig eine jugendgemäße Vermittlung der Geschichte des Ortes Bergen-Belsen erfolgt, und bekräftigen so, dass sie sich für ein demokratisches Bewusstsein positionieren und sich in ihrer Arbeit gegen jede Form von Hass, Gewalt und Rassismus einsetzen. Auf dieser Grundlage können junge Menschen für historisch-politische Zusammenhänge sensibilisiert und internationale Kontakte und Partnerschaften aktiv gelebt und gestaltet werden.

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Rechtsanspruch auf Förderung der Jugendarbeit durchsetzen!

Die Jugendarbeit ist ein zentraler Ort für die informelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Ziel der Kinder- und Jugendarbeit ist es, zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beizutragen. Sie knüpft an den Interessen der jungen Menschen an und wird von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet. Die Selbstorganisation gesellschaftlicher nicht-kommerzieller Gruppen sowie die freiwillige Übernahme von Verantwortung für sich und andere ist in einer Zivilgesellschaft unverzichtbar. Das Engagement in den Jugendverbänden eröffnet Jugendlichen die Chance, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, ihre sozialen Kompetenzen zu erweitern und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutet nicht zuletzt auch die Mitwirkung in den demokratischen Strukturen der Gesellschaft. Jugendverbände ermöglichen Partizipation und Interessenvertretung junger Menschen. Dieser besondere Stellenwert der Jugendarbeit begründet auch ihren Rechtsanspruch auf Förderung. Das aktuelle Gutachten von Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Prof. Dr. Christian Bernzen u.a. unterstreicht diesen Rechtsanspruch eindrucksvoll.

Um die Angebote der Jugendarbeit insbesondere auch „vor Ort“ in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, ist u.a. ein stabiler, struktureller Rahmen wichtig. Aufgrund der unterschiedlichen Schwerpunkte und Ausrichtungen der Jugendverbände gelingt es Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, für alle jungen Menschen attraktive Angebote zu machen. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen werden entscheidend auch von Politiker-inne-n auf den verschiedenen föderalen Ebenen geschaffen.

Entsprechend bedeutsam ist es, Jugendpolitik wieder in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit zu rücken, nicht zuletzt auch, weil in den letzten Jahren ein spürbarer Rückgang der Bedeutung von Jugendpolitik auf kommunaler Ebene zu bemerken ist. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang jedoch der Rückgang der kommunalen Förderungen von Jugendarbeit und die geringere Unterstützung für kommunale jugendpolitische Vertretungen wie die Jugendringe. Aufgrund des Fehlens entsprechender Ressourcen und Rahmenbedingungen müssen die überregional agierenden Jugendverbände die kommunale Jugendarbeit

sowohl personell, finanziell als auch fachlich immer mehr unterstützen, wodurch ihnen wiederum die entsprechenden Mittel für wichtige Aufgaben auf Landesebene fehlen. Doch Jugendverbände und Jugendgruppen haben ein Recht auf Förderung durch die zuständige Gebietskörperschaft - selbst in Zeiten „knapper Kassen“!

Daher fordern die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V.

- vom Land Niedersachsen und den Trägern der örtlichen Jugendhilfe, ihrer Gesamtverantwortung für ein bedarfsgerechtes Angebot, zu der auch die Finanzierungsverantwortung gehört, sowie ihrer Förderungs- und Gewährleistungsverpflichtung, die sich aus dem SGB VIII ergibt, wieder konsequent nachzukommen. Selbst Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen oder die einen Entschuldungsvertrag mit dem Land abschließen, müssen dem Grunde nach weiterhin Leistungen nach den §§ 11, 12 SGB VIII erbringen.
- vom Land Niedersachsen und den Trägern der örtlichen Jugendhilfe eine regelmäßige Anpassung der Förderhöhe, insbesondere der Bildungsmittel und Freizeitmittel zur Gewährleistung der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.
- vom Land Niedersachsen und den Trägern der örtlichen Jugendhilfe, den Jugendverbänden nicht nur konkrete Maßnahmen (z.B. Freizeiten, Seminare,...), sondern auch die dauerhafte Arbeit (Gruppenstunden, Gruppenräume, Material, politische Interessenvertretung,...) zu fördern. Da ein Grundmerkmal der Jugendverbände und Jugendgruppen die auf Dauer angelegte Arbeit ist, muss dementsprechend auch die Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen auf Dauer angelegt sein.
- die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf, entsprechend der Vorgaben des SGB VIII über den Umfang der konkreten Förderung nach Bedarf und fachlichen Standards zu entscheiden und nicht nach der Haushaltssituation. Pauschale Kürzungen widersprechen dem.
- die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf, den örtlichen Bedarf und Umfang der Angebote und Förderungen im Prozess einer Jugendhilfeplanung zu erfassen und im Rahmen eines Jugendhilfeausschusses zu beschließen. Im Rahmen der Gesamtverantwortung des öffentlichen Trägers stellt die Jugendhilfeplanung eine Pflichtaufgabe dar.
- Angebote öffentlicher und freier Träger nicht gegeneinander auszuspielen, sondern eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu unterstützen, um ein plurales Angebot der Jugendarbeit sicherzustellen.

Ergänzend zu diesen Forderungen werden die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings Niedersachsen in ihren Strukturen verstärkt darauf hinwirken, Jugendarbeit und Jugendpolitik vor Ort zu stärken. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auch darauf gelegt werden, die kommunalen Jugendverbandsstrukturen darin zu unterstützen, Anträge auf kommunale Förderung zu stellen sowie zur Mitarbeit in Jugendhilfeausschüssen anzuregen und zu qualifizieren.

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

ePartizipation in der digitalen Gesellschaft

Beteiligung in der digitalen Gesellschaft braucht Transparenz und die Einbettung in politische Prozesse. Gelingende Partizipation erfordert, dass Beteiligung ernst gemeint und gewollt und ein Bezug zur Lebenswelt der Beteiligten gegeben ist. Genau hier kann ePartizipation Brücken bauen.

Selbstorganisation ist ein Strukturprinzip in der Arbeit von Jugendverbänden, Beteiligung ist ihr Thema! Genau wie viele gesellschaftliche Akteur-innen stehen auch sie heute vor der Herausforderung, die eigenen, gewachsenen Beteiligungsstrukturen wie z.B. Delegation und Repräsentation zu überprüfen, neue Formen zuzulassen, mit ihnen zu experimentieren und Beteiligungskulturen weiterzuentwickeln. ePartizipation bietet hierfür wichtige Impulse. Auch digitale Umgebungen stehen erst am Anfang. In den letzten Jahren ist die mobile Datennutzung enorm gestiegen und digitale Kommunikation hat sich vor allem in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen fest verankert. Wir können heute nicht absehen, wie diese Entwicklungen weitergehen und welche Formen digitaler Medien wir zukünftig nutzen werden. Daher ist es gerade heute wichtig, grundlegende Bedingungen für ein freiheitliches und demokratisches digitales Netz der Zukunft zu schaffen und Zugangsgerechtigkeit zu ermöglichen. Viele Fragen sind offen und müssen breit diskutiert werden: eine Herausforderung für Politik, Gesellschaft und das einzelne Individuum.

Netropolitische Forderungen

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen fordern einen umfassenden Dialog aller gesellschaftlichen Akteur-innen für eine bestmögliche Netzpolitik. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Datenschutz, Privatsphäre (informationelle Selbstbestimmung), Urheberrechte und Netzneutralität mit dem Ziel, in unserer Gesellschaft Demokratie, Freiheit und Grundrechte in den digitalen Netzen sicherzustellen.

Das heißt vor allem:

- Freier Zugang zum Internet: Grundvoraussetzung für ein demokratisches, freiheitliches Netz ist die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe am Internet für alle. Dies erfordert zum einen die flächendeckende Versorgung mit zukunftsgerichteten Breitband-Anschlüssen, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Darüber hinaus müssen die Nutzung des Internets und das Verfügen über zeitgemäße digitale Medien für alle Mitglieder der

Gesellschaft möglich sein. Zum Dritten gewährleistet Netzneutralität - also die wertneutrale Datenübermittlung im Internet - den gleichberechtigten Zugang zu Informationen.

- **Datenschutz und -sicherheit:** Die Gewährleistung von Datenschutz und Sicherheit ist eine zentrale Herausforderung für (Netz-) Politik. Die Bürgerinnen müssen jederzeit nachvollziehen können, wie ihre Daten von wem genutzt werden. Und sie müssen auf verstehbare Art und Weise die Nutzung steuern können.
- **Informationsfreiheit als Grundlage für Mitbestimmung:** Im Sinne von Open-Data und Open Government gilt es, offene und transparente Prozesse und Schnittstellen in den politischen Entscheidungen zu etablieren. Der einfache Zugang zu und das unmittelbare Auffinden von Informationen sind hier grundlegende Voraussetzungen, um Beteiligungsprozesse zu initiieren und zu verankern.
- **Qualifizierung und öffentliche Debatte:** Um eine möglichst breite Teilhabe an neuen Politik-Formen und Beteiligungsmöglichkeiten zu erreichen, bedarf es großer Anstrengungen. Medienkompetenz ist eine zentrale Schlüsselkompetenz der Zukunft und muss tief in der Gesellschaft verankert werden. Um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, bedarf es entsprechend breit angelegter Maßnahmen und einer öffentlichen Debatte, die neue Formen von gesellschaftlicher Mitbestimmung und Teilhabe diskutiert und voranbringt.

Jugendpolitische Forderungen

Niedersachsen geht einen Erfolg versprechenden Weg in der medienpolitischen Debatte. Nun kommt es darauf an, Qualifizierungsbausteine nachhaltig zu verankern und Beteiligungsplattformen zu initiieren. Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden. Dabei kommt dem Feld der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu - wird doch hier der Fokus auf gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung gelegt. Geeignete Ansatzpunkte bieten hier die vom Landesjugendring entwickelten Partizipationsmodelle, wie sie z.B. im Medienbaustein des landesweiten Förderprogramms Generation 2.0 sowie in der Qualifizierungsinitiative neXT-media und dem Projekt neXTvote erfolgreich erprobt und praktiziert werden. Auch die verschiedenen Jugendverbände nutzen digitale Medien wirksam zur verbandlichen Beteiligung und Kommunikation und entwickeln modellhafte Beteiligungsprojekte.

Jugendbeteiligung braucht geeignete Rahmenbedingungen und Erprobungsfelder - Beteiligung braucht Qualifikation! Die niedersächsischen Jugendverbände fordern daher, diese Ansätze weiter auszubauen, zu verstetigen und gesellschaftlich nutzbar zu machen.

Neben dem politischen Willen zur Förderung von Netzkompetenz sind der Austausch und die gemeinsame Weiterentwicklung geeigneter Beteiligungsformen von besonderer Bedeutung. Die Jugendverbände in Niedersachsen bringen ihre Expertise in den netzpolitischen Diskurs ein und fordern einen offenen und zukunftsorientierten Dialog zwischen allen netzpolitischen Akteur:innen.

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Einführung einer einheitlichen Genderschreibweise

Sprache bedeutet mehr als nur Kommunikation!

Die Jugendverbände des Landesjugendrings treten seit jeher für eine solidarische Gesellschaft ein, in der alle die gleichen Möglichkeiten erhalten. Auch Sprache spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Auch wenn in den Publikationen der Geschäftsstelle des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. mittels „-“ bereits auf eine geschlechtersensible Schreibweise geachtet wird, ist eine gendersensible Sprache auf Verbandsebene bisher alles andere als einheitlich. Während manche Verbände das große Binnen-I (TeilnehmerInnen) verwenden, benutzen andere den sogenannten Gender-Gap (Teilnehmer_innen). Wieder andere bevorzugen die neutrale Form (Teilnehmende) oder haben die geschlechtersensible Sprache noch gar nicht in die alltägliche Sprachpraxis umgesetzt.

Mit diesem Thema werden sich die entsprechenden Strukturen und Gremien des Landesjugendring Niedersachsen e.V. (LJR) auseinandersetzen und es wird bis zur Vollversammlung 2015 ein Vorschlag zum weiteren Umgang mit einer gendergerechten Schreibweise im LJR erarbeitet. Darüber hinaus soll eine Übersicht über die in den Mitgliedsverbänden des LJR sowie bei relevanten Partnern des LJR jeweils genutzten Schreibweisen zusammengestellt werden.

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Jugendarbeit und Schule“ im LJR

Die 37. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Jugendarbeit und Schule“ im LJR.

Zu den Aufgaben der AG „Jugendarbeit und Schule“ gehören:

- die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Schullandschaft in Niedersachsen und die Beratung über deren Auswirkungen auf die Jugendverbandsarbeit
- der Austausch über Projekte/Kooperationen mit (Ganztags-)Schulen und LJR-Mitgliedsverbänden
- die Vernetzung der LJR-Mitgliedsverbände
- der Kontakt zu schulpolitischen Akteur-inn-en in Politik und Verwaltung
- die Erarbeitung einer neuen Rahmenvereinbarung zwischen dem Landesjugendring Niedersachsen e.V. und dem Niedersächsischen Kultusministerium zur Zusammenarbeit von Jugendverbänden und öffentlichen Ganztagschulen
- Ggf. Erarbeitung von Konzepten jugendverbandlicher Kooperationsformen für Ganztagschulen

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

Solidarität mit rumänischen und bulgarischen Arbeitnehmer-inne-n in Niedersachsen

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. solidarisieren sich mit Arbeitnehmer-inne-n aus Bulgarien und Rumänien und treten auch weiterhin für ein tolerantes, weltoffenes und solidarisches Niedersachsen ein.

Seit dem 1. Januar 2014 gilt nach einer mehrjährigen Übergangszeit die unbeschränkte Arbeitnehmer-innen-Freizügigkeit auch für rumänische und bulgarische Staatsangehörige. Den Bürger-inne-n dieser beiden EU-Staaten werden damit die Rechte zuteil, die für Personen aus 25 anderen Mitgliedsstaaten bereits gelten.

Die öffentliche Debatte rund um den Stichtag wurde jedoch von rassistischen Anfeindungen, der Bedienung primitivster Ressentiments und unverantwortlicher Panikmache dominiert. Der Vorwurf, Arbeitnehmer-innen aus diesen beiden Mitgliedsstaaten betrieben eine sog. „Armutszuwanderung in die Sozialsysteme“, ist dabei nicht nur völlig falsch, sondern auch gefährlich. Mit Parolen dieser Art werden, insbesondere im Vorfeld der anstehenden Europawahlen, Rassismus geschürt und die europäische Solidarität massiv angegriffen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine Versachlichung der Debatte ein. Die europäische Idee darf nicht zugunsten nationalistischer Kampagnen geopfert werden, die der Ausgrenzung ganzer Personengruppen Vorschub leisten. Niedersachsen als Flächenland mit einem großen Landwirtschaftssector und zahlreichen Betrieben der fleischverarbeitenden Industrie ist stark von mobiler Beschäftigung betroffen. Diese Form der innereuropäischen Arbeitsmigration nimmt zu und häufig sind die Bedingungen, die die Arbeitnehmer-innen antreffen, katastrophal. Vor diesem Hintergrund wird die Absurdität der aktuellen Debatte besonders deutlich.

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. sind sich ihrer Verantwortung für die Ausgestaltung eines solidarischen Miteinanders bewusst. Insbesondere die junge Generation hat die Möglichkeit, durch Begegnungen, Austausch und Dialog ein Klima der Toleranz zu fördern und sich klar gegen Rassismus und Ausgrenzung zu positionieren.

Beschlüsse der 36. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V.

- Ein zukunftsfähiges Niedersachsen braucht eine konsequente Klimapolitik!
Die niedersächsischen Jugendverbände sind KLIMAktiv!
- Für ein jugendgerechtes Niedersachsen!
Vier Forderungen an die neue Landesregierung
- Qualitative Jugendarbeit ist aktiver Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Die Schuldenbremse nicht in die Landesverfassung aufnehmen -
mit Generationengerechtigkeit hat sie nichts zu tun!

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Ein zukunftsfähiges Niedersachsen braucht eine konsequente Klimapolitik! Die niedersächsischen Jugendverbände sind KLIMAktiv!

Die neu gewählte Landesregierung hat Klimapolitik zu einem zentralen Handlungsfeld ihrer Arbeit erklärt. Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Verbände haben schon lange erkannt, dass eine jugendgerechte Gesellschaft gleichzeitig bedeutet, eine lebenswerte Umwelt auch für zukünftige Generationen zu sichern. Klima- und Umweltschutz sind daher wichtige Arbeitsbereiche der Jugendarbeit.

Wir nehmen unsere Verantwortung ernst!

In vielen Zusammenhängen und auf unterschiedlichen Ebenen der Jugendverbandsarbeit wurde und wird immer wieder zum Thema Klima gearbeitet. Ob in Gruppenstunden, Umweltprojekten, internationalen Begegnungen mit ökologischen Schwerpunkten oder der emissionsarmen Durchführung von Lagern und Freizeiten - Jugendarbeit nutzt viele Möglichkeiten, Klimafreundlichkeit aufzugreifen und zu vermitteln. In den letzten Jahren haben wir mehrere Beschlüsse im Bereich „klimafreundliche Jugendarbeit“ gefasst und unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. So haben viele Geschäftsstellen nach dem Beschluss der Vollversammlung auf Ökostrom umgestellt, es wurden Bildungsmaterialien zur Umsetzung von klimafreundlicher Jugendarbeit erstellt, die Website nextklima.de gelauncht und vieles mehr. Auch bei der Ausstattung der Büros und Einrichtungen spielen Klimaaspekte heute häufig eine Rolle. Derzeit arbeiten wir verbandsübergreifend im Projekt KLIMAktiv daran, spezifische Methoden und Maßnahmen für eine klimafreundliche Jugendarbeit zu entwickeln. Dabei legen wir zugrunde, dass Jugendverbände unterschiedlich sind und somit unterschiedliche Zugänge zur Thematik benötigt werden. Gerade diese Vielfalt ist unsere Stärke - wir inspirieren und ergänzen uns gegenseitig und können voneinander lernen.

Auch Politik und Gesellschaft müssen Verantwortung übernehmen!

Deshalb fordern wir das Land Niedersachsen auf, Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Niedersachsen zu schaffen! Dazu gehört unter anderem:

- **Die konsequente Umsetzung der Energiewende!** Gerade Niedersachsen spielt beim Ausbau der regenerativen Energien eine zentrale Rolle. Hier gilt es z.B., auf Landesebene nachvollziehbare planungsrechtliche Grundlagen zu schaffen. Außerdem muss sich Niedersachsen im Bund für ein konsequentes Voranschreiten der Energiewende einsetzen. Kein Neubau von Kohlekraftwerken und anderen klimaschädlichen Energieformen!
- **Zukunftsfähige Verkehrspolitik!** Vor dem Hintergrund, dass die Fläche und die strukturschwachen Gebiete im Hinblick auf die Nahverkehrsversorgung stark vernachlässigt werden, muss sich die niedersächsische Landesregierung für einen zeitgemäßen, flexiblen und klimafreundlichen ÖPNV einsetzen! Busse, Bahnen und (Ruf-)Taxis müssen zu einem stimmigen Gesamtkonzept werden. Insbesondere Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, kostengünstig und klimaverträglich mobil zu sein.
- **Förderprogramm energetische Sanierung für Jugendverbands-Einrichtungen!** Verbandliche Bildungsstätten sind wichtige außerschulische Lernorte. Ihr Unterhalt und erst recht ihre klimafreundliche Sanierung sind für viele Verbände nicht finanzierbar. Hier muss das Land Beratung und in der Folge Fördermittel für eine energetische Sanierung bereitstellen. Die Sichtbarmachung dieser Investitionen in die Klimafreundlichkeit sollten dann in das Bildungskonzept der Einrichtungen aufgenommen werden.
- **Förderung von Leuchtturmprojekten:** Das Land sollte ein spezielles Förderprogramm für Klima-(freundliche) Projekte einrichten, die eine besondere Strahlkraft bezogen auf ihre jeweilige Zielgruppe haben. So könnten Jugendverbände und andere Akteur-inn-e-n dieses Thema weiter voranbringen und innovative Konzepte und Methoden entwickeln.
- **Anpassungen an prognostizierte Klimaveränderungen:** In der Stadt- und Landschaftsplanung müssen sich verändernde Klimabedingungen in Niedersachsen stärker berücksichtigt werden.
- **Öffentliche Aufträge:** Das Land sollte - wo möglich - Klimafaktoren bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen stärker berücksichtigen als bisher.

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Für ein jugendgerechtes Niedersachsen! Vier Forderungen an die neue Landesregierung

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. (LJR) begrüßt es, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihren Wahlprogrammen klare Bekenntnisse zur Jugendarbeit in Niedersachsen abgegeben haben. Diesen Bekenntnissen müssen nun Taten folgen. Daher fordern die Jugendverbände in Niedersachsen von der neuen niedersächsischen Landesregierung:

Eigenständige Jugendpolitik auf allen Ebenen stärken

Jugendpolitik muss als eigenständiges Politikfeld gestärkt werden und als Querschnittsthema etabliert werden. Eine eigenständige Jugendpolitik nimmt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Blick und trägt dem hohen Stellenwert der Jugendphase für ein gelingendes Aufwachsen Rechnung. Sie muss auf allen politischen Ebenen betrieben und muss gemeinsam mit Jugendlichen und Jugendverbänden gestaltet werden. Dafür bedarf es einer starken, selbstorganisierten Lobby für Jugendliche, die gestärkt werden muss. Neben der jugendverbandlichen Interessenvertretung auf Landesebene bedarf es entsprechender Strukturen auch auf der kommunalen Ebene.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt daher insbesondere, dass Bündnis 90/DieGrünen in ihrem Wahlprogramm die Forderung des LJR aufgegriffen haben, in jedem Landkreis eine „Regionalstelle für freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit“ einzurichten. Diese Regionalstellen müssen bei Jugendringen und Jugendverbänden angesiedelt werden.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert zudem alle Landtagsfraktionen auf, sich in der neuen Legislaturperiode an der Stärkung der eigenständigen Jugendpolitik zu beteiligen.

Kontinuierliche Arbeit durch zeitgemäße Jugendförderung sicherstellen

Auf der Landesebene muss die Jugendverbandsarbeit auch zukünftig über das Jugendförderungsgesetz abgesichert sein. Die Fördersätze für „Teilnahmetage“ müssen jedoch der Preissteigerung in den letzten 15 Jahren angepasst und entsprechend erhöht werden. Die zur Finanzierung notwendigen

Haushaltsmittel müssen zusätzlich - und nicht zu Lasten anderer Bereiche der Jugendarbeit - bereitgestellt werden. Darüber hinaus ist es unverzichtbar, dass auch auf der kommunalen Ebene finanzielle Mittel für die Förderung der Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Richtigerweise verweist die SPD in ihrem Wahlprogramm darauf, dass Jugendarbeit Bestandteil der Daseinsfürsorge und somit keine freiwillige Leistung ist. Kommunen sind daher in die Lage zu versetzen, ihre Verantwortung für die örtliche Jugendarbeit wahrzunehmen.

Das Land ist aufgefordert, im Zuge seiner Gesamtverantwortung dazu beizutragen, dass es in ganz Niedersachsen entsprechende Förderung und Unterstützung gibt, dass die Fachlichkeit gewahrt bleibt und dass freie und öffentliche Träger die notwendige Unterstützung erhalten.

Beteiligung junger Menschen verbessern

Der Landesjugendring Niedersachsen begrüßt die Ankündigung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das Wahlalter auch bei Landtagswahlen zu senken. Dies darf aber nur ein Baustein für mehr Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen sein. Auch Kommunen müssen dabei unterstützt werden, Beteiligungsprojekte durchzuführen und zu verstetigen. Dabei sind die Chancen und Möglichkeiten digitaler Medien, die wichtiger Bestandteil jugendlicher Lebenswelten sind, zu berücksichtigen.

Die Jugendarbeit verfügt über Erfahrung und Methoden für die politische Beteiligung und die politische Bildung junger Menschen, die es zu nutzen und zu fördern gilt. Jugendverbände sind die „Werkstätten der Demokratie“, politische Bildung junger Menschen muss daher in den Strukturen der Jugendarbeit verankert und dort gestärkt werden.

Freiräume für junge Menschen

Junge Menschen brauchen Freiräume, in denen sie sich entfalten und ausprobieren können. Die Jugendphase ist viel mehr als nur die Vorbereitung auf die Arbeitswelt - neben Schule und Studium muss es Freiräume für selbstgestaltete Freizeit und ehrenamtliches Engagement geben.

Die Jugendverbände im Landesjugendring fordern daher von der neuen Landesregierung, die schulischen Lehrpläne zu entfrachten und zu modernisieren sowie die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement mit Ausbildung, Studium und Arbeit zu verbessern.

Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände begrüßen es außerordentlich, dass beide Parteien angekündigt haben, Jugendpolitik gemeinsam mit dem Landesjugendring weiterentwickeln zu wollen, und freuen sich auf die Zusammenarbeit in der neuen Legislaturperiode.

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Qualitative Jugendarbeit ist aktiver Schutz von Kindern und Jugendlichen

Der Schutz des Kindeswohls ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings tragen von jeher aus Überzeugung und mit großer Professionalität zur Umsetzung dieser Aufgabe bei.

Öffentliche und freie Träger der Jugendarbeit sind durch das Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen - Bundeskinderschutzgesetz - aufgefordert und verpflichtet.

Die im BKiSchG geforderte Einsicht in erweiterte Führungszeugnisse für ehrenamtlich tätige Personen sind unserer Meinung nach maximal ein sekundäres Mittel der Absicherung, das (nur) in ausgewählten Fällen ein Baustein im Gesamtkonzept des Schutzes des Kindeswohles darstellen kann.

Deshalb fordern die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings die öffentlichen Träger der Jugendhilfe auf, beim Schutz des Kindeswohls nicht nur die formellen Bedingungen des Bundeskinderschutzgesetzes umzusetzen, sondern die weitergehenden fachlichen Einschätzungen des Landesbeirats für Jugendarbeit zu berücksichtigen und Prävention, Sensibilisierung sowie die Fortbildung von ehren- und hauptamtlichen Akteur-inn-en in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu unterstützen.

Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung, Programme zur Sensibilisierung und Prävention sowie die anfallenden verwaltungstechnischen Mehraufwendungen müssen fördertechisch abgesichert sein.

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Die Schuldenbremse nicht in die Landesverfassung aufnehmen - mit Generationengerechtigkeit hat sie nichts zu tun!

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt die geplante Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung ab. Unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Umständen hält er aber eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Landeshaushaltsordnung für sinnvoll, um die grundgesetzlichen Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen zu können

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. hält einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln für unabdingbar. Das enorme Ausmaß staatlicher Verschuldung darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die Schuldenbremse aber ist das falsche Instrument, um mit der hohen öffentlichen Verschuldung umzugehen. Sie wird keine Schulden bremsen. Sie bremst die Zukunft aus, da sie den finanziellen Handlungsspielraum und die Handlungsfähigkeit Niedersachsens massiv einschränkt und so entsprechend auch die Jugendarbeit einschließlich der Jugendverbandsarbeit betreffen kann.

Die desolante Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland und Niedersachsen ist jedoch nicht auf zu hohe Ausgaben, sondern auf zu geringe Einnahmen zurückzuführen. Eine Politik, die auf höhere Einnahmen der öffentlichen Haushalte zielt, hat mit Generationengerechtigkeit und verantwortungsvoller Finanzpolitik viel zu tun - die „Schuldenbremse“ hingegen droht diese Prinzipien gleich in mehrfacher Hinsicht zu verletzen:

- Sollten Bildungsausgaben heute unterbleiben, werden die Menschen morgen darunter zu leiden haben. Ihre individuellen Bildungschancen sinken ebenso wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ganzen Gesellschaft. Die „Schuldenbremse“ aber gefährdet Bildungsausgaben von der Krippe über Schule und Hochschule bis zur Weiterbildung.
- Sollten heute wichtige Investitionen in die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft unterbleiben, so hinterlassen wir den nachkommenden Generationen eine zerstörte Umwelt und eine wenig lebenswerte Erde.
- Die Gefahr ist groß, dass die durch die „Schuldenbremse“ zu erwartenden Kürzungen zu Lasten der ohnehin Benachteiligten gehen - auch und gerade junge Menschen wären dann betroffen: junge arme Menschen, junge Menschen mit Behinderung, junge Erwerbslose, junge Menschen in prekärer Beschäftigung, Kinder alleinerziehender Mütter und Väter oder junge Migrantinnen und Migranten. Den nachkommenden Generationen würden hierdurch soziale Verwerfungen hinterlassen und zerrüttete Biografien aufgezwungen.

Wir fordern die Landesregierung und den Landtag Niedersachsens daher auf,

- die „Schuldenbremse“ nicht in die Landesverfassung aufzunehmen, sondern sie in der Landeshaushaltsordnung zu verankern,
- bei der Umsetzung der Schuldenbremse die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu wahren und gute schulische und außerschulische Bildung und Ausbildung ausreichend zu finanzieren,
- Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld zu stärken und auch hierfür die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen,
- sich für eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch eine Erhöhung der Einnahmen einzusetzen, die auf einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und Unternehmensgewinne beruht.

Beschluss der 35. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2012

Gemeinsam die Jugendpolitik vor Ort stärken

Die jugendpolitische Interessenvertretung auf der kommunalen Ebene ist von zentraler Bedeutung, denn die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen wird maßgeblich durch politische Entscheidungen auf Orts- und Kreisebene geprägt. Und auch die Arbeitsbedingungen der Jugendgruppen, Jugendringe und Jugendverbände hängen stark davon ab, welchen Stellenwert Jugendpolitik vor Ort hat.

Entgegen politischer Bedeutungserklärungen mussten die Jugendverbände in den letzten Jahren feststellen, dass die Jugendpolitik in vielen Kommunen angesichts von politischen Schwerpunktverschiebungen zugunsten von Jugendhilfe und Familienpolitik immer mehr an Relevanz verliert: Die Gesamtverantwortung der Kommune im Sinne des KJHG wird unzureichend wahrgenommen, Kinder und Jugendliche werden nicht ausreichend beteiligt, die Fördermittel für die Jugendarbeit sind nicht bedarfsgerecht, bürokratische Vorgaben erschweren das ehrenamtliche Engagement. Während sich die Rahmenbedingungen verschlechtern, stellt der zunehmende gesellschaftliche Wandel die Jugendarbeit vor neue Herausforderungen. Zur Gesamtverantwortung gehören z.B. die gemeinschaftliche Weiterentwicklung der Jugendarbeit vor Ort, die Wahrung des Subsidiaritätsgedankens (Vorrang der freien Träger wie z.B. Jugendverbände; die Kommunen werden nur dann selber tätig, wenn kein freier Träger die für die Aufgabe notwendige Leistung erbringen kann) und die Unterstützung der freien Träger.

Die zeitgemäße Weiterentwicklung der kommunalen Jugendpolitik und die Qualifizierung der Interessenvertretung sind angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein bedeutendes Anliegen der Jugendverbände. Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. wollen diese Herausforderungen annehmen und sich auch auf der kommunalen Ebene verstärkt für eine aktive Jugendpolitik im Interesse der jungen Menschen einsetzen. Sie wollen Jugendpolitik mitgestalten und die jugendpolitische

Verantwortung auch durch ein verstärktes politisches und vernetzendes Engagement vor Ort und in Jugendhilfeausschüssen entschiedener wahrnehmen.

Die niedersächsischen Jugendverbände wollen daher gemeinsam mit Vertreter-inne-n der kommunalen Jugendringe sowie der örtlichen Jugendgruppen und -projekte einen gemeinsamen Diskussions- und Entwicklungsprozess starten. Dabei sollen Hilfestellungen für die kommunalpolitische Interessenvertretung erarbeitet werden, zeitgemäße Arbeitsformen entwickelt und die Bedeutung der Jugendpolitik auf der kommunalen Ebene gestärkt werden. Es wird eine begleitende Arbeitsgruppe „Jugendpolitik vor Ort“ eingerichtet, die in den kommenden zwei Jahren im Sinne dieses Beschlusses arbeitet.

Jugendpolitik vor Ort muss von vielen Partner-inne-n getragen und gestaltet werden. Die Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert daher Politik und Verwaltung auf den verschiedenen politischen Ebenen auf, sich der Verantwortung für Jugendpolitik bewusst zu sein und diese gemeinschaftlich mit den Vertreter-inne-n der Jugendarbeit weiterzuentwickeln.

Beschlüsse der 34. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V.

- 25 Jahre nach Tschernobyl: Atomkraft endlich abschalten
- Energiewende konsequent umsetzen
- Mehr Sozialarbeiter-innen an niedersächsischen Schulen
- Zivilcourage - Wie extrem ist das denn?
- Aussetzung der Wehrpflicht und doppelter Abiturjahrgang 2011 in
Niedersachsen: Junge Menschen brauchen eine Zukunft nach der Schule!

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

25 Jahre nach Tschernobyl: Atomkraft endlich abschalten - Energiewende konsequent umsetzen

Der 26. April 2011 ist der 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe. Der als Atomausstieg bezeichnete Atomkonsens zwischen rot-grüner Bundesregierung und den Energiekonzernen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall ist passé, ein Vierteljahrhundert nach dem Gau in der Ukraine hat die Bundesregierung die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke um mehr als ein weiteres Jahrzehnt verlängert. Die Bevölkerung hat auf diese Entwicklungen mit massiven Protesten und der größten Anti-Atom-Demonstration seit Jahrzehnten reagiert. Doch die Bundesregierung hat die Interessen ihrer Bürgerinnen abgewiesen und Tatsachen geschaffen.

Diese Politik ist nicht zukunftsfähig!

Die Energiepolitik der Zukunft muss konsequent auf regenerative Energien sowie das Einsparen von Energie setzen. Weder Atomkraftwerke noch die Nutzung fossiler Energieträger sind der Weg zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung.

Die im LJR zusammengeschlossenen Jugendverbände setzen sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Zukunft gesundheitlich unbelastet und in einer intakten Umwelt aufwachsen können. Bereits 2003 haben sie daher beschlossen, auf Ökostrom umzusteigen. Seitdem haben viele ihrer Einrichtungen und Büros den Stromwechsel vollzogen und andere Maßnahmen ergriffen, um den Weg in eine klimafreundliche Zukunft zu gehen.

Um eine zukunftsgerichtete Energiewende zu erreichen, fordern wir konkret von Bundes- und Landesregierung in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen:

- » Regenerative Energien müssen gezielt gefördert und ausgebaut werden!
- » Forschung und Förderung im Bereich der privaten Haushalte, auch zum Einsparen von Energie, muss vorangetrieben werden!
- » Fossile Kraftwerke und AKWs müssen schnellstmöglich, in Teilen sofort abgeschaltet werden!
- » Energiepolitik darf sich nicht nach Konzerninteressen richten, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Menschen und deren Lebensqualität in ihrer Umwelt orientieren!
- » Das Land Niedersachsen muss alles in seiner Kraft stehende tun, um die Einlagerung von Atommüll in unsicheren „Endlagern“ zu stoppen. Wir fordern zudem den sofortigen Stopp aller Transporte radioaktiven Mülls nach Gorleben!
- » Als aktiven Beitrag zur Energiewende und um eine Vorreiterrolle einzunehmen, soll das Land Niedersachsen alle Einrichtungen auf Ökostrom umstellen!

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Mehr Sozialarbeiter-innen an niedersächsischen Schulen

Das Kultusministerium wird dazu aufgefordert, dass Personal- und Sachkosten für Schulsozialarbeiter-innen an Allgemeinen und Berufsbildenden Schulen zur Regelfinanzierung der Schulen gehören und nicht aus eigenen (Verwaltungs-) Mitteln bestritten werden müssen. Schulsozialarbeit ist eine notwendige Rahmenbedingung für den erfolgreichen Start in das Erwerbsleben.

Wir als Jugendverbände wünschen uns an allen Schulen Schulsozialarbeiter-innen als starke Partner-innen zur Zusammenarbeit und Ergänzung. Eine weitreichende Schulsozialarbeit ersetzt selbstverständlich nicht die Angebote der außerschulischen Jugendverbandsarbeit - und umgekehrt. Wir finden es nicht zielführend, über die Notwendigkeit der Integration Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit zu sprechen, wenn zugleich keine Bereitschaft aufgebracht wird, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Sozialarbeit zählt auf jeden Fall zu diesen Rahmenbedingungen - und diese zu finanzieren, ist Landesaufgabe.

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Zivilcourage - Wie extrem ist das denn?

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt generell demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft ab. Es ist unbedingt zu verhindern, dass Weltanschauungen, die Utopien anderer Gesellschaftsordnungen beinhalten, unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit gestellt werden. Wir erklären uns solidarisch mit Initiativen gegen Faschismus und Rassismus, die durch ihre gute Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Vielfalt und Demokratie in diesem Land leisten. Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt daher die Ausrichtung der von der Bundesregierung neu aufgelegten Förderprogramme „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus sowie die daran geknüpfte Unterzeichnung der sogenannten Extremismusklausel ab. Ein Operieren mit dem vorliegenden Extremismusbegriff des Verfassungsschutzes im Kontext der in Rede stehenden Programme ist ungeeignet, die Freiheit von Weltanschauung und Religion sowie die weltanschauliche Neutralität des Staates hinreichend zu schützen.

Die sogenannte Extremismusklausel fördert ein Klima des Misstrauens und der Denunziation. Sie ist ein Schlag in das Gesicht der Menschen und Initiativen, die sich bereits seit vielen Jahren und häufig trotz Gewaltdrohungen von rechts mutig und erfolgreich für eine starke Zivilgesellschaft und ein solidarisches und respektvolles Zusammenleben einsetzen. Weder die Menschen noch die Utopien und Ideen, die sich mit einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Diskriminierung beschäftigen, dürfen unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit geraten.

Wir sehen in den aktuellen Programmen der Bundesregierung den Versuch, uns selbst und/oder unsere Kooperationspartner-innen als extremistisch zu verunglimpfen und zu kriminalisieren. Aus diesem Grund lehnen wir die Ausrichtung der Programme und das in ihnen verwendete Vokabular in dieser Form ab und fordern auch die Vertreter-innen der Landesregierung auf, unsere Kritik zu berücksichtigen. Des Weiteren fordern wir die Bereitstellung von Geldern auf Landesebene, um einen Fachtag zu organisieren, auf dem die „Extremismusdebatte“ kritisch und auf wissenschaftlich und praktisch fundierter Perspektive diskutiert wird.

Beschluss der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Aussetzung der Wehrpflicht und doppelter Abiturjahrgang 2011 in Niedersachsen: Junge Menschen brauchen eine Zukunft nach der Schule!

Das Land Niedersachsen wird dazu aufgefordert, die Folgen (Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Bildungsperspektiven, mehr Warteschleifen im sogenannten Übergangssystem, steigende Belastung der Sozialsysteme) des doppelten Abiturjahrgangs im Jahr 2011 in Niedersachsen, die mit denen der bundesweiten Aussetzung der Wehrpflicht zusammenfallen, aufzufangen und mehr zu unternehmen, als bisher geplant ist. Wir fordern die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, entsprechende Unterstützung zu bekommen, da sich die Situation auch auf andere Bundesländer auswirken wird. Denn die Folgen im Hochschul- und Ausbildungsbereich wie auch im Bereich der Jugendfreiwilligendienste werden massiv sein.

Land und Bund müssen dafür sorgen, dass Hochschulen in den nächsten Jahren deutlich besser finanziell ausgestattet sind. Hochschulen dürfen mit diesen Aufgaben nicht alleine gelassen werden. Die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern (Hochschulpakt II) sowie zwischen dem Land Niedersachsen und seinen Hochschulen (Zukunftsvertrag II) leisten dies nicht im ausreichenden Maße. Die Aufnahme von mehr Studienberechtigten muss entsprechend sozial begleitet werden. Auch für die Studierendenwerke müssen mehr Landeszuschüsse bereitgestellt werden, als bisher im Haushalt 2011 vorgesehen. Durch eine finanzielle Aufstockung müssen Bund und Land eine Ausweitung des Platzangebotes im Bereich der Jugendfreiwilligendienste ermöglichen. Dies darf nicht dazu führen, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse unterwandert oder abgebaut werden.

Freiwilliges Soziales und Freiwilliges Ökologisches Jahr bieten jungen Menschen ebenso wie der neu eingerichtete Bundesfreiwilligendienst die Chance, sich nach der Schule für ein Jahr gesellschaftlich zu engagieren. In diesem Zeitraum haben sie die Möglichkeit, ihren Erfahrungsschatz zu erweitern sowie persönliche und zukunftsvorbereitende Fähigkeiten und Kompetenzen zu erwerben.

Allerdings mussten z.B. im Bereich des FÖJ bereits im letzten Jahr ca. 75% der Bewerbungen abgelehnt werden. Diese Situation wird sich vor dem Hintergrund des Doppelabiturs und der Aussetzung der Wehrpflicht noch einmal massiv verschärfen.

Bei der Ausbildungsplatzsituation gibt es ebenfalls Handlungsbedarf: Die Situation darf nicht dazu führen, dass Abiturient-inn-en die Haupt- und Realschüler-innen auf dem Ausbildungsmarkt verdrängen. So müssen z.B. an Berufsschulen mehr vollzeitschulische Ausbildungsplätze angeboten werden, beispielsweise im Gesundheits- und Pflegebereich, wo sich in den nächsten Jahren ein Fachkräftemangel abzeichnet. Ebenfalls sind mehr duale Ausbildungsplätze nötig. Das ist eine Aufgabe von Unternehmen, die hier eine besondere soziale Verantwortung haben und in den nächsten Jahren ganz besonders auf neu ausgebildete Fachkräfte angewiesen sein werden. Leitwert dabei bleibt ein „auswahlfähiges Angebot von Ausbildungsplätzen“, so dass Jugendliche tatsächlich eine Ausbildung auswählen können und nicht einfach das annehmen müssen, was sie gerade finden können, was bekanntlich zu höheren Ausbildungsabbruchquoten führt. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1980 konkrete Vorgaben gemacht, die nie umgesetzt werden konnten: Um das Grundrecht auf eine freie Wahl des Ausbildungsplatzes nach Art. 12 Grundgesetz zu verwirklichen, sind 12,5% mehr Lehrstellen als Bewerber-innen erforderlich.

Erklärung der 34. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 26.02.2011

Jugend braucht Zukunft

Jugendverbandsarbeit ist immer in Bewegung, greift neue Themen auf, erschließt neue Zielgruppen, ist flexibel und engagiert. Doch der Blick erfasst nicht nur die Gegenwart, sondern wird auch immer auf die Zukunft gerichtet. So auch mit dem Zukunftsprogramm neXT2020. Bereits 2008 begannen die Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. mit dem Prozess, Visionen, Ideen und Forderungen für die Zukunft der Jugendarbeit in Niedersachsen zu entwickeln. Schwerpunktmäßig wurde dabei aus dem breiten Feld der Themen der Jugendverbandsarbeit zu den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Bildung, Partizipation, Umwelt und globale Gerechtigkeit, Interkulturalität und Migration, Glück und Persönlichkeit sowie Zukunft der Jugendarbeit gearbeitet. Darüber hinaus existieren ergänzend zu dieser Erklärung zahlreiche weitere Programme und Beschlüsse des LJR, z.B. im Bereich Medienkompetenz und Gender Mainstreaming. Allem gemeinsam ist die Anknüpfung an individuelle Lebenslagen junger Menschen. Jugendverbandsarbeit nimmt Kinder und Jugendliche als Individuen ernst, macht für sie subjektorientierte Angebote und setzt sich parteiisch für deren Interessen ein.

Die Vielfältigkeit der Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. macht eine ihrer großen Stärken aus und das spiegelt sich auch in ihrer gemeinsamen Erklärung wider.

In ihrer gemeinsamen Erklärung fordern die Mitgliedsverbände des LJR:

Glück erleben und Persönlichkeit frei entwickeln!

Menschen müssen glücklich sein können! Glück ist ein wichtiger Indikator für Lebensqualität. Dazu gehört, ein Aufwachsen in materieller Sicherheit mit ausreichenden Möglichkeiten ganzheitlicher Teilhabe einer Gesellschaft voller Vielfalt in lebenswerter Umwelt zu gewährleisten. So sollen Kinder und Jugendliche auch in Zukunft Glück in unserer Gesellschaft erleben, indem sie die Chance haben, ihre Persönlichkeit frei zu entwickeln.

Oft werden Dinge, die uns unbewusst glücklich machen, nur sichtbar, wenn sie benannt werden. Nur wer die Möglichkeit hat, die Voraussetzungen zur Er-

füllung seiner/ihrer Bedürfnisse zu erkennen, wird in der Lage sein, Glück zu erleben. Somit bildet die eigene Reflexion ein wichtiges Werkzeug zum Erleben von Glück.

- » Wir fordern, dass Kinder und Jugendliche dazu befähigt werden, die Dinge selbst benennen zu können, die sie glücklich machen. Hier ist nicht nur die Jugendarbeit gefordert, sondern auch Familie und Gesellschaft.

Selbstorganisiertes Handeln kann Glück befördern, Kinder und Jugendliche sollen lernen, ihr Leben aktiv zu gestalten und selbst gesetzte Ziele zu erreichen. Kinder und Jugendliche brauchen die Freiheit, ihre eigenen Wünsche zu verwirklichen. Das, was die Gesellschaft in diesem Zusammenhang für wichtig erachtet, muss nicht analog zu dem sein, was die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ausdrückt.

- » Wir fordern, Kindern und Jugendlichen den Raum zu geben, in dem sie ihre Persönlichkeit frei entwickeln können und sie befähigt werden, erkennen zu können, was sie für sich persönlich als wichtig für ihre glückliche Zukunft erachten. Dabei ist überall auf die individuellen Bedürfnisse der jungen Menschen einzugehen.

Über die Zeit von Kindern und Jugendlichen wird zunehmend fremd verfügt. Ihnen bleibt immer weniger Zeit, selbst zu entscheiden, das zu tun, was sie glücklich macht.

- » Wir fordern, dass Kinder und Jugendliche in Familie, Schule und Freizeit die Möglichkeit haben, stressfreie Zeit zu erleben und darüber hinaus zu lernen, vorhandenen Stress zu bewältigen.

Auch Kinder und Jugendliche erleben Konflikte in ihrem sozialen Umfeld. Gefühle wie Hass, Trauer und Trennung macht junge Menschen unglücklich. Über den Umgang mit solchen Situationen müssen sie sprechen lernen und sie sollen in unseren Jugendverbänden den Halt und die Ansprechpartner-in finden können, die sie in ihrem Umfeld vielleicht sonst nicht haben.

- » Wir fordern die stärkere Förderung des konstruktiven Umgangs mit Konflikten bereits im Kindes- und Jugendalter.

Eines scheint für Glück wichtig zu sein: die Gemeinschaft. Jugendverbände sind Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche. Die Gemeinschaft innerhalb der Verbände kann sie auffangen und bettet sie dabei in ein gewohntes und liebgewordenes Umfeld. Unsere Gesellschaft und damit auch die Jugendverbände sind also aufgefordert, diese Gemeinschaft zu bilden, sie zu wahren, zu schützen und weiterzuentwickeln.

Unsere Vision für 2020:

Kinder und Jugendliche erleben viele glückliche Momente. Sie sind sich der Faktoren, die dazu beitragen, bewusst. Entgegengesetztes kann angesprochen und von ihnen beeinflusst werden. Sie haben Räume, die sie frei gestalten können, und werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit von allen Akteur-inn-en der Gesellschaft unterstützt.

Soziale Gerechtigkeit verwirklichen!

1,15 Millionen Menschen in Niedersachsen, davon fast 320.000 Kinder und Jugendliche bis 20 Jahre, leben in relativer Armut oder mit einem erhöhten Armutsrisiko (vgl. Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2008). Heranwachsende sind in besonderer Weise von Armut betroffen. Für Familien mit Kindern steigt das Risiko, in die Armut abzurutschen. Das ist in einem der reichsten Länder der Welt besonders erschreckend. Kinder sind die Perspektive unserer Gesellschaft! Deutschland ist ein Sozialstaat. Oberstes Gebot politischen Handelns muss die Grundsicherung aller Menschen sein. Dieser Anspruch ist in unserem Grundgesetz fest verankert. Doch Anspruch und Wirklichkeit driften immer weiter auseinander.

Im Jugendverband halten Kinder und Jugendliche zusammen. Sie leben Gemeinschaft, ziehen an einem Strang und stehen nicht unter permanentem Leistungsdruck. Die gesamtgesellschaftliche Realität ist eine andere. Das Leben der Heranwachsenden ist von wachsender Unsicherheit geprägt. Nur durch individuelle Leistung können sie in der Gesellschaft bestehen. Die Gefahr abzustürzen ist dennoch allgegenwärtig. In der Jugendverbandsarbeit begegnen wir tagtäglich Kindern und Jugendlichen, die trotz staatlicher Transferleistungen in materieller Armut leben. Als Jugendverbände sind wir uns unserer Verantwortung bewusst. Wir stellen uns dieser Herausforderung, indem wir Barrieren in unserer Arbeit abbauen und uns gleichzeitig für gute und sichere Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche einsetzen. Wir engagieren uns für soziale Gerechtigkeit. Wir werden den Staat immer wieder an seine Verantwortung erinnern!

- » Wir fordern die Politikerinnen und Politiker ausdrücklich auf, sich ihrer Verantwortung für die Gestaltung sicherer Rahmenbedingungen in einer gerechten Gesellschaft zu stellen!
- » Wir fordern, dass der Bedarf von Kindern und Jugendlichen je nach Lebensphase erfasst wird!
- » Wir fordern, dass staatliche Transferleistungen den Bedarf junger Menschen decken und ihnen und ihren Familien ein Aufwachsen in materieller Sicherheit ermöglichen.

Bildung ist eine elementare Grundlage sozialer Teilhabe. Nicht nur der Schulunterricht selbst, sondern auch das Miteinander von Kindern und Jugendlichen ist für eine erfolgreiche Bildung wichtig. Soziale Teilhabe innerhalb und außerhalb von Schule ist somit unerlässlich und reicht bis in die Jugendverbände und offenen Angebote für Jugendliche hinein. Dort finden Jugendliche einen Rahmen für Freiräume, die sie selbstbestimmt und ideenreich gestalten. Auch das ist Bildung!

- » Wir fordern, dass im Bildungssystem nicht weiter gespart wird! Im Gegenteil, um die Zukunft unserer Gesellschaft nachhaltig zu sichern, sind weitere Investitionen in Bildung unerlässlich.
- » Wir fordern, dass sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Schulbesuch von Kindern und Jugendliche vom Staat getragen werden!

- » Wir fordern, dass die Regelförderung für informelle und non-formale Lernorte ausgebaut wird!

Unsere Vision für 2020:

Die Gesellschaft ist geprägt vom Miteinander. Solidarität ist staatliches Prinzip und unterstützt dieses Miteinander. Die Menschen helfen einander und haben ausreichende Möglichkeiten, ihr Leben zu gestalten. In Krisensituationen halten alle zusammen und ermöglichen so Hilfe zur Selbsthilfe.

Alle Kinder und Jugendlichen leben in gesicherten materiellen Verhältnissen. So ist gewährleistet, dass sie körperlich und seelisch gesund bleiben können.

Bildung ist kostenfrei, in und außerhalb von Schule. So können alle Kinder und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Der Staat gewährleistet Bildungsräume für Kinder und Jugendliche. Neben einem chancengerechten Schulsystem stehen gleichwertig vielfältige außerschulische Bildungsangebote, in denen Kinder und Jugendliche soziale Kompetenzen erwerben und ihr Leben gestalten können. Der Staat sorgt für eine ausreichende Förderung dieser außerschulischen Angebote.

Jugendverbandsarbeit und Schule, ein Modell mit Zukunft!?

Auf Grundlage einer Umfrage unter rund 1.000 Schüler-inne-n zur Schulkwirklichkeit in Niedersachsen konnte das Potenzial einer Kooperation von Jugendverbandsarbeit und Schule aufgezeigt werden. Diese Umfrage hat ergeben, dass für die Schüler-innen drei Aspekte von besonderer Bedeutung sind: Erweiterung positiver Demokratieerfahrung, Vermittlung von Sozialkompetenzen und externe Referent-inn-en im Nachmittagsbereich. Wenn Jugendverbandsarbeit und Schule sich sinnvoll ergänzen, ist es möglich, Kinder und Jugendliche in ihrer Sozialisation zukünftig auf einer noch breiteren Basis zu unterstützen. Dabei ist die Kooperation mit Schule jedoch nur ein Feld der Jugendverbandsarbeit.

Demokratie ist der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Aus Sicht der Jugendverbandsarbeit beruht diese auf drei Aspekten: der Teilhabe einer jeden/eines jeden Einzelnen, der Erfahrung, individuell und im Zusammenschluss etwas zu bewegen, sowie der Verantwortungsübernahme für sich und andere. Ein Bildungsauftrag der Schule ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen. Außerdem soll die Institution Schule Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern den Erfahrungsraum und die Gestaltungsfreiheit bieten, die zur Erfüllung des Bildungsauftrags erforderlich sind (vgl. Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) § 2 Abs. 1,2).

- » Wir fordern Schule auf, sich stärker als bisher zu bemühen, ihrem Auftrag nachzukommen, Schülerinnen und Schülern ein positives Demokratieverständnis zu vermitteln und sie damit zu gesellschaftlicher Teilhabe zu motivieren.
- » Wir fordern, dass Schule sich an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiert, so dass sie die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen

Wünsche und Interessen einzubringen und umzusetzen. Geeignete Beteiligungsstrukturen in der Schule sind zu gewährleisten.

Aus Sicht der Jugendverbandsarbeit können durch eine stärkere Kooperation der Institution Schule und der Jugendverbandsarbeit bzw. durch das Schaffen von Freiräumen für Jugendverbandsarbeit Kinder und Jugendliche in ihrer Sozialisation sowie bei ihrer Integration in die Gesellschaft und deren demokratische Strukturen besser unterstützt werden.

- » Wir fordern eine stärkere Öffnung der Schule für Angebote der Jugendverbandsarbeit und Kooperationen auf Augenhöhe bei gleichzeitiger Anerkennung der Eigenständigkeit beider Systeme.

Angebote an der Schule werden als attraktiver wahrgenommen, wenn sie von externen Referent-inn-en, z.B. von Gruppenleiterinnen bzw. Gruppenleitern von Jugendverbänden durchgeführt werden.

- » Wir fordern den Ausbau von Kooperationsstrukturen zwischen Jugendverbandsarbeit und Schulen sowie eine Verbesserung und Verankerung der außerschulischen Angebote an Schulen, die über den Nachmittagsbereich hinausgehen.

Für das Leben in der Gesellschaft ist ein sozial kompetentes Verhalten unerlässlich. Der Kontakt mit Gleichaltrigen fördert bei Kindern und Jugendlichen die Entwicklung der sozialen Kompetenz als Grundvoraussetzung für ein friedliches und respektvolles Miteinander in der Gesellschaft. Da die Kinder und Jugendlichen einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule verbringen, ist ihre Entwicklung auch von den dort erworbenen Kompetenzen geprägt.

- » Wir fordern, dass Schulen ihren wichtigen Auftrag stärker wahrnehmen als bisher, die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Die Institution Schule steht vor der Schwierigkeit - insbesondere im Kontext von Konkurrenzkampf und Leistungsdruck - Werte und Kompetenzen, Solidarität und Gemeinschaft zu vermitteln. Innerhalb der Jugendverbände stellt sich das Thema der Vermittlung von Sozialkompetenz anders dar. Wertevermittlung und das Hinterfragen gängiger Wertesysteme sind Grundbestandteile der Jugendverbandsarbeit. In der Regel gelingt Jugendverbandsarbeit nur in der Gruppe. Ein gutes Seminar braucht viele Köpfe und Ferienfreizeiten gelingen nur, wenn alle helfen. Auf diese Weise wird, ohne Leistungsdruck und Konkurrenzkampf, Solidarität erfahrbar.

- » Wir fordern, dass Schulen mehr Freiräume für verbandliches Engagement von Schüler-inne-n lassen.

Schulen sind dazu angehalten, mit den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich wesentlich auf die Lebenssituation junger Menschen auswirkt, im Rahmen ihrer Aufgaben zusammenzuarbeiten. Unter den von Schule zu leistenden Aufgaben ist auch das Schaffen von Freiräumen für und das Motivieren zur Übernahme von eigenverantwortlicher Bildung gemäß der eigenen Interessen und Bedürfnisse der Schülerin/des Schülers zu fassen.

In manchen Bereichen stößt die Institution Schule an ihre Grenzen. Hier sind vor allem die Förderung eines positiven Demokratieverständnisses, die Vermittlung von Solidarität sowie das Schaffen von attraktiven Nachmittagsangeboten für Kinder und Jugendliche zu nennen. Zurückzuführen ist dies sicherlich auf die Strukturen der Institution Schule sowie auf die an sie gerichteten Erwartungen und Aufgaben. Dennoch sind die o.g. Bereiche für Kinder und Jugendliche wichtige Lernfelder. Jugendverbände können diese Bildungsbeiträge leisten. Ihre große Stärke liegt in der non-formalen Bildung und im Empowerment von Kindern und Jugendlichen.

- » Wir fordern die politischen Entscheidungsträger auf, für Kinder und Jugendliche Freiräume zu schaffen, sich neben der Schule selbstbestimmt ihren Interessen widmen zu können und es ihnen so zu ermöglichen, Verantwortung für die eigene Bildung zu übernehmen.
- » Wir fordern gesellschaftliche Freiräume für Vereine und Jugendverbände außerhalb von Kosten-Nutzen-Analysen, Sachzwängen und Verwertungslogistik, denn nur so können sie gesellschaftlich relevante non-formale Bildungsbeiträge sicherstellen.

In der momentanen Situation ist es den Jugendverbänden in Niedersachsen allerdings aus strukturellen und finanziellen Gründen nicht möglich, die Institution Schule flächendeckend pädagogisch zu unterstützen.

- » Wir fordern die Politik auf, die dafür nötigen finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Institution Schule in die Lage zu versetzen, sich auf den Prozess einer engeren Kooperation einzulassen.

Unsere Vision für 2020:

Jedes Kind und jede-r Jugendliche wird individuell und ganzheitlich gefördert. Dabei sind als Bildungsraum nicht nur die Schule, sondern gleichermaßen non-formale und informelle Bildungsräume anerkannt.

Zukünftige Generationen brauchen eine lebenswerte Umwelt

Der Klimawandel und die globale Erwärmung sind zentrale Herausforderungen für die Zukunft! Klimaveränderungen bringen enorme Probleme mit sich, sie werden die Lebensbedingungen weltweit, aber auch in Niedersachsen fundamental verändern. Damit auch Kinder und Jugendliche der zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt vorfinden, ist ein konsequentes Handeln notwendig - und dies auf allen Ebenen. Wirtschaftspolitische Interessen dürfen nicht handlungsleitend sein.

- » Wir fordern, dass auf nationaler und internationaler Ebene verbindliche Klimaziele beschlossen und umgesetzt, die Einhaltung überprüft und Verstöße dagegen sanktioniert werden.

Ein entscheidender Aspekt ist die Energiewende, die jetzt eingeleitet und konsequent umgesetzt werden muss. Weder Atomkraftwerke noch die Nutzung fossiler Energieträger sind der Weg. Der Schlüssel für eine zukunftsfähige Energieversorgung liegt in der Förderung und dem konsequenten Ausbau regenerativer Energien.

Neben der Energieversorgung sind Energieeffizienz und -einsparung zentrale Ziele, die gesellschaftlich fest verankert werden müssen: beispielsweise bei der Zulassung von Produkten, der Kennzeichnung technischer Geräte mit Energieeffizienz-Kriterien, der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, der Sanierung öffentlicher Gebäude und in vielen anderen Bereichen.

- » Wir fordern, dass die schon heute leistungsfähigen regenerativen Technologien weiter erforscht und entwickelt werden. Gleichzeitig muss die Abkehr von fossilen Energieträgern konsequent vorangetrieben werden. Auch Atomkraftwerke sind kein Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung - sie produzieren Unmengen an radioaktivem Müll, für den es keine sichere Entsorgung gibt, und blockieren die Energiewende, anstatt sie zu befördern.

Doch es reicht nicht, Forderungen an Politik und Gesellschaft zu stellen - auch Jugendverbände sind gefordert, weiterhin zukunftsweisend zu handeln und entsprechend ihres Bildungsauftrags junge Menschen zu sensibilisieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

- » Wir, die Verbände im Landesjugendring Niedersachsen, müssen uns weiterhin mit dem Klimawandel und den daraus resultierenden Anforderungen für eine lebenswerte Zukunft beschäftigen, Handlungsoptionen für das Feld der Jugendarbeit entwickeln und in unserer Arbeit umsetzen.

Mit der Befähigung, die eigenen Interessen und Positionen zu formulieren, sie in der Öffentlichkeit zu vertreten sowie sich für deren Umsetzung stark zu machen, geben die Jugendverbände zukunftsweisende Qualifikationen an Kinder und Jugendliche weiter.

Klar ist, dass Jugendverbandsarbeit nicht alles ohne zusätzliche Anreize und Förderungen umsetzen kann, gerade weil sie auch mit vielen anderen wichtigen Themen und Anforderungen konfrontiert wird und sich beständig weiterentwickelt. Deshalb ist es wichtig, dass das Land Niedersachsen den Prozess hin zu einer klimafreundlichen Jugendverbandsarbeit begleitet und fördert.

- » Wir fordern, dass das Land Niedersachsen eine Förderung für besonders innovative Vorhaben im ökologischen/klimafreundlichen Sinne einführt, um sie als „Leuchtturmprojekte“ auszuzeichnen und ihnen somit eine ausstrahlende Wirkung zu verleihen. Zudem müssen Jugendverbände in die Lage versetzt werden, ihre Angebote ökologisch und klimafreundlich zu gestalten, ohne dass dies mit Mehrkosten für den Verband und/oder die Teilnehmenden verbunden ist.

Unsere Vision für 2020:

Auf nationaler und internationaler Ebene wurden verbindliche Klimaziele eingeführt, die von allen Staaten unterzeichnet wurden und freiwillig eingehalten werden. Die Energiewende ist nahezu vollzogen. Die Nutzung fossiler Energieträger wurde zugunsten regenerativer Energien reduziert. Der sorgsame und effiziente Umgang mit Energiebedarf ist in den Satzungen der Verbände, aber auch bei Unternehmen und Institutionen verankert und ist u.a. bei der Entwicklung technischer Geräte selbstverständlich. Kinder und Jugendliche sind sich ihrer Möglichkeiten zur Einflussnahme auf (umwelt-) politische Geschehnisse bewusst und tragen aktiv zur Gestaltung einer lebenswerten Umwelt bei.

Mehr Partizipation!

Mitwirkung im Jugendverband geht weit über den bloßen Konsum von Angeboten hinaus. Die Jugendverbandsarbeit befähigt Jugendliche zu eigenständigem und selbstverantwortlichem Denken und Handeln. Jugendliche werden zum eigenständigen Handeln aufgefordert und gestalten ihre Umwelt mit.

- » Wir fordern, dass auch weiterhin Strukturen geschaffen und unterstützt werden, die Jugendliche zu mehr Selbstorganisation anleiten. Dafür sind Partizipationsstrukturen für Jugendliche zu etablieren. Partizipationsstrukturen für Erwachsene sind nicht immer auch für junge Menschen geeignet.

Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wird oftmals nicht genug wertgeschätzt. Die aktuellen Strukturen von Schule und Universität nehmen Jugendlichen die Zeit, sich ehrenamtlich engagieren zu können. Ehrenamtlich Engagierte lernen fürs Leben, nehmen am aktuellen gesellschaftlichen und politischen Geschehen teil und können etwas bewegen.

- » Wir fordern, dass ehrenamtliches Engagement und Beteiligung von Jugendlichen in allen Bereichen unterstützt werden. Den dafür notwendigen Rahmen muss vor allem die Politik gewährleisten. Ehrenamtliches Engagement muss wertgeschätzt werden, um Jugendlichen zu zeigen, dass ihre Arbeit wahrgenommen wird.

Jugendliche gestalten in vielen Bereichen aktiv ihre Umwelt mit. Im politischen Geschehen wird oftmals über die Köpfe von Jugendlichen hinweg entschieden.

- » Wir fordern daher, dass Jugendliche aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden und ihre Meinung gehört und ernst genommen wird.
- » Wir fordern, dass eine gesetzliche Grundlage für Kinder- und Jugendpartizipation geschaffen und umgesetzt wird.
- » Wir fordern eine Absenkung des Wahlalters.

Unsere Vision für 2020:

Gesellschaftliche sowie politische Entscheidungsstrukturen sind so beschaffen, dass Kinder und Jugendliche und ihre Interessen selbstverständlich Teil dieser Entscheidungsprozesse sind. Jugendliche gestalten ihre Umwelt aktiv mit.

Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in der Jugendverbandsarbeit

Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind Bestandteil unserer Gesellschaft. Eine wichtige Aufgabe der Zukunft ist die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Hier sind alle Akteur-inn-e-n in ihrem jeweiligen Handlungsfeld gefordert.

Die Migrations- und Integrationspolitik findet derzeit noch weitgehend ohne Berücksichtigung der Interessenvertretungen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund statt. Ansprechpartner für Politik und Verwaltung sind

weitgehend allein die Erwachsenenverbände der jeweiligen Herkunftsgruppen oder Vereinigungen. Die Bedürfnislagen, Zielsetzungen, Perspektiven und Aktivitäten der Erwachsenenorganisationen unterscheiden sich von denjenigen der Jugendorganisationen.

Wir sehen deshalb die Notwendigkeit, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Organisationen stärker als bisher als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner wahrgenommen werden und ihnen mehr Chancen der Teilhabe an der Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse eingeräumt werden. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich gesellschaftlicher Öffnungsprozesse, bei denen die erfolgreichen Ansätze der etablierten Jugendverbände und deren Integrationskonzepte nur wenig wahrgenommen werden. Bei der Konzeption und Durchführung sollen die Mitgliedsverbände eingebunden werden, die in verschiedenen Bereichen einschlägige Kompetenzen und praktische Erfahrungen haben. Ein regelmäßiger Kontakt zu relevanten Entscheidungsträgerinnen und -trägern der Migrationspolitik in Politik und Verwaltung wird als bedeutendes Element einer aktiven Mitgestaltung der Migrationspolitik angesehen.

In vielen Mitgliedsorganisationen wird die kulturelle Öffnung thematisiert und praktiziert. Viele Mitgliedsverbände führen interkulturelle Projekte und Aktivitäten durch, teilweise auch als Tandemprojekte mit Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO). Eine wichtige Aufgabe des LJR ist es, die verschiedenen Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen und Jugendringe in diesem Themenfeld zu bündeln und transparent zu machen.

Funktionierende MJSO bieten die Möglichkeit der politischen Teilhabe von Personengruppen mit Migrationshintergrund durch die Einbindung in gesellschaftliche Kommunikations- und politische Entscheidungs- bzw. Interessenvermittlungsprozesse. Funktionierende MJSO leisten Beiträge zur nonformalen Bildung und sind Orte der Gesellung und somit Orte der sozialen Integration sowie der Alltagsbewältigung und leisten wertvolle individuelle Integrationsleistungen für ihre Mitglieder, die gleichzeitig Nutzende sowie Produzentinnen und Produzenten ihrer Angebote sind. Hierzu müssen bestehende MJSO in die Lage versetzt werden, verfasste Verbände aufzubauen und diese weiterzuentwickeln. Dazu ist eine zusätzliche finanzielle Ausstattung notwendig. Wir setzen uns ganz bewusst für die Förderung der Selbstorganisation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ein. Wir begreifen den Aufbau von verbandlichen Strukturen als eine große Integrationsleistung und wollen diese unterstützen.

- » Wir fordern angemessene zusätzliche finanzielle und politische Unterstützung sowie die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für Beratung, Begleitung und unbürokratische Unterstützung für Migrant-inn-en-Jugendselbstorganisationen bis zur Überführung von Modellprojekten in die Regelförderung der Strukturen der Jugendverbandsarbeit.

Unsere Vision für 2020:

Alle Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Kultur, werden jugendpolitisch vertreten. Es gibt zahlreiche Aktionen und Kooperationen mit MJSO. Zusätzliche Ressourcen für Beratung, Begleitung und unbürokratische Unterstützung für Migrant-inn-en-Jugendselbstorganisationen wurden bereitgestellt, MJSO sind in den Strukturen der Jugendverbandsarbeit integriert.

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendring Niedersachsen e.V. setzen sich für eine Gesellschaft ein, die alle Kinder und Jugendlichen als gerecht erleben, an der sie umfassend partizipieren und ihre Persönlichkeit in einer lebenswerten Umwelt individuell entfalten können. Dabei sind alle gesellschaftlichen Akteur-inn-e-n gefragt, ihren Teil dazu beizutragen! Jugend braucht Zukunft!

Beschlüsse der 33. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V.

- **Für eine gesunde Umwelt - Kein Ausstieg vom Atomausstieg und keine Atommüllendlagerung in Niedersachsen**
- **Einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz erhalten - Auszubildende und junge Menschen vor betrieblicher Willkür schützen**
- **Gesetzesentwurf zum Niedersächsischen Versammlungsrecht verletzt demokratische Grundrechte**
- **Chancen der Medienpolitik und Medienpädagogik nutzen**

Beschluss der 33. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 06.03.2010

Für eine gesunde Umwelt - Kein Ausstieg vom Atomausstieg und keine Atommüllendlagerung in Niedersachsen

Atommülllagerung in Niedersachsen und weltweit birgt große Gefahren für die Gesundheit und Lebensqualität aller Menschen - besonders zukünftiger Generationen. Durch die Lagerung von Atommüll an drei niedersächsischen Orten, deren Sicherheit nicht abschließend geklärt ist, wächst die Gefahr einer radioaktiven Belastung. Ziel der niedersächsischen Umweltpolitik muss deshalb sein, langfristig eine hohe Lebensqualität für die Menschen in diesem Bundesland sicherzustellen. Kinder und Jugendliche sollen gesundheitlich unbelastet und ohne Einschränkungen aufwachsen können.

Die niedersächsischen Jugendverbände unterstützen Aktionen zum Atomausstieg und rufen dazu auf, sich an diesen zu beteiligen.

Daher fordert die Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen das Land Niedersachsen auf,

- im Bund den Ausstieg aus der Atomkraft voranzutreiben und eine stärkere Förderung energiesparender Maßnahmen und der Nutzung regenerativer Energien zu forcieren. Nur so können nachfolgende Generationen geschützt werden.
- die Zwischen- und Endlagerung grundsätzlich nicht weiter zu forcieren.
- die Menschen, die Lebensqualität sowie die Umwelt zum Maßstab wissenschaftlichen und technischen Handelns bei der Lösung der vorliegenden Probleme zu machen im Sinne der Technikfolgenabschätzung.
- die Schließung des Atommülllagers Asse II zügig und unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten schnell und sicher zu bewerkstelligen. Es ist zu prüfen, inwieweit eine Rückholung im Blick auf unsere Verantwortung für

zukünftige Generationen die bessere Möglichkeit ist. Darüber hinaus muss eine langzeitsichere Sanierung der Altlasten oberste Priorität haben.

- sich im Bund dafür einzusetzen, dass eine kritische und offene Auseinandersetzung mit dem Thema Atommüll erfolgt. Des Weiteren muss ein ergebnisoffener Prozess im Umgang mit dem Atommüll erfolgen. Unsichere Lösungen dürfen nicht hingenommen werden!

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert die politischen Entscheidungsträger-innen auf, insbesondere im Interesse der Kinder und Jugendlichen sowie der künftigen Generationen, energisch eine unsichere Einlagerung von Atommüll in Niedersachsen zu verhindern.

Beschluss der 33. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 06.03.2010

Einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz erhalten - Auszubildende und junge Menschen vor betrieblicher Willkür schützen

„Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut.“¹

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnt jeden Versuch, den Gesundheitsschutz minderjähriger Auszubildender und Arbeitnehmerinnen unter Gesichtspunkten der Wirtschafts- und Tourismusförderung zu verschlechtern, entschieden ab. Hierzu gehört auch die Diffamierung des Jugendarbeitsschutzes als „Ausbildungshemmnis“. Eine derart verkürzte Sichtweise wird weder den berechtigten Schutzinteressen Minderjähriger noch der bisherigen Debatte zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzes gerecht. Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert die Landesregierung auf, sich im Sinne des Schutzes der Jugendlichen gegen eine Aufweichung des Jugendarbeitsschutzes einzusetzen.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist das zentrale Gesetz zum Schutz minderjähriger Auszubildender, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Arbeitswelt. Es regelt unter anderem das Verbot der Kinderarbeit und enthält umfassende Schutzbestimmungen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Zum Schutz der Gesundheit dieser Zielgruppen wurden Regelungen zur täglichen Arbeitszeit, zur Unterbrechungen der Arbeit durch Pausen, zur Dauer der Nachtruhe und ein Nachtbeschäftigungsverbot geschaffen.

Jugendliche sind weniger belastbar als erwachsene Erwerbstätige. Sie benötigen längere Erholungszeiten zur Regeneration. Die Unterbrechung der Arbeit durch Pausen dient der Einnahme von Mahlzeiten und der Erholung. Ausreichende Nachtruhe und wöchentlich feste freie Tage sind aus gesundheit-

¹ WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT. - Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (17. Legislaturperiode), S. 51

lichen Gründen besonders wichtig für minderjährige, physisch und psychisch in der Entwicklung stehende Menschen. Eine Novellierung des Jugendarbeitsschutzes muss sich deshalb vorrangig am Schutzinteresse der Jugendlichen orientieren.

Die schwarz-rote Bundesregierung hat Ende 2006 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe soll unter Beteiligung der Bundesländer Vorschläge zur Modernisierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes prüfen. Mittlerweile sind nach einer Expertenanhörung mehrere wissenschaftliche Gutachten in Arbeit. Ergebnisse der Arbeitsgruppe liegen zurzeit noch nicht vor.

Die neue Bundesregierung hat nun vor Abschluss der Beratungen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Koalitionsvertrag Verschlechterungen des Jugendarbeitsschutzes angekündigt und damit den bisherigen Konsens des Bundes und der Länder durchbrochen.

Beschluss der 33. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 06.03.2010

Gesetzesentwurf zum Niedersächsischen Versammlungsrecht verletzt demokratische Grundrechte

Zu einer lebendigen Demokratie gehört es auch, in Form von Demonstrationen und kreativen Aktionen politische Meinungen zu vertreten. Für junge Menschen ist die Teilnahme an solchen Kundgebungen ein wichtiges Instrument, um sich politisch beteiligen und Position beziehen zu können.

Es ist wichtig, junge Menschen in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte zu stärken und sie dazu zu ermutigen, diese z.B. durch die Teilnahme an Demonstrationen auch zum Ausdruck zu bringen. Der vorliegende Gesetzesentwurf wird aus Sicht der Jugendverbände dazu führen, Jugendliche abzuschrecken, sich an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen. Dadurch würde ein wichtiger Bestandteil der politischen Sozialisation junger Menschen gefährdet.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert, das Versammlungsrecht nicht weiter einzuschränken und keine Regelungen aufzustellen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ad absurdum führen. Statt Restriktionen aufzustellen, sollte die Landesregierung die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen und Überlegungen anstellen, um Mitbestimmung und Mitgestaltung zu erleichtern und gerade der jungen Generation die Teilhabe an einer lebendigen Demokratie zu ermöglichen.

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings sehen in dem Gesetzesentwurf zum Versammlungsrecht eine tiefgreifende Beeinträchtigung demokratischer Grundrechte. Auf diese Weise wird ein wichtiger Teil lebendiger Demokratie eingeschränkt. Daher lehnt der Landesjugendring den Gesetzesentwurf strikt ab.

Beschluss der 33. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 06.03.2010

Chancen der Medienpolitik und Medienpädagogik nutzen

Die Vielfalt der Medienangebote und deren Bedeutung steigt kontinuierlich an. Diese Entwicklung bietet insbesondere für junge Menschen viele Chancen der Selbstverwirklichung und der Partizipation und bietet neue Bildungs- und Informationsmöglichkeiten. Diese Chancen gilt es medienpolitisch und -pädagogisch zu begleiten.

Eine moderne Medienpolitik muss die Interessen von Kindern und Jugendlichen aufgreifen, sie muss den Rahmen für eine gerechte Teilhabe in und durch Medien gestalten, den Rahmen für einen adäquaten Kompetenzerwerb schaffen und den Zugang zu Informationen sichern. Die Medienpolitik in Deutschland beschränkt sich zurzeit leider weitestgehend darauf, einen ordnungspolitischen Rahmen vorzugeben. Was fehlt, ist eine Medienpolitik, die der politischen, kulturellen und ökonomischen Bedeutung der Medien gerecht wird und die Stärkung der Medienkompetenz als zentrales Ziel formuliert.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert konkret:

- Der Erwerb von Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen muss in der schulischen und außerschulischen Bildung fester Bestandteil sein. Dabei geht es weniger um das Vermitteln von technischen Fertigkeiten. Kinder und Jugendliche müssen lernen können, Informationen zu erschließen und zu bewerten. Sie müssen Potenziale vielfältiger Medientypen erkennen und sie gestalten können.
- Lehrkräfte, Erzieherinnen und in der Jugendarbeit Tätige brauchen mehr Angebote für ihre medienpädagogische (Weiter-)Qualifizierung, die staatlich gefördert werden müssen. In der Ausbildung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden im schulischen und außerschulischen Jugendhilfebereich muss Medienpädagogik einen höheren Stellenwert bekommen.

Auch Eltern müssen in die Lage versetzt werden, das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen medienkompetent zu begleiten.

- Es ist notwendig, dass Kinder und Jugendliche unabhängig vom Wohnort und der sozio-ökonomischen Situation kostenfreien Zugang zum Internet haben. Der Ausbau der Breitbandnetze - vor allem im ländlichen Raum und in strukturschwachen Gebieten - muss deutlich vorangetrieben werden, damit ein flächendeckender, angemessen schneller Zugang zum Internet gewährleistet ist.
- Beim Zugang zu Informationen spielen Massenmedien wie Hörfunk und Fernsehen nach wie vor eine große Rolle. Im dualen System hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk - gebührenfinanziert - eine wichtige neutrale Rolle in der Demokratie, weil er unabhängig informieren kann. Das betrifft auch die Internetpräsenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die nicht eingeschränkt werden darf. Vielmehr ist es Aufgabe und Pflicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - gerade im Interesse junger Menschen - bereits erstellte Beiträge in Form eines Wissensarchivs dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht des Landesjugendrings ist jedoch das Modell der Gebührenfinanzierung zu reformieren.
- Über die Berichterstattung in Funk, Fernsehen und Printmedien hinaus bietet das Internet die Möglichkeiten der Beteiligung. Es durchbricht das klassische Sender-Empfänger-Schema der Medien. Die entsprechenden Elemente zum Mitmachen, Einmischen und Gestalten im Internet können unabhängig von Ort und Zeit zur Verfügung stehen. Auch für die Jugendverbände ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten der Interaktion, die es zu nutzen gilt.
- Die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Jugendlichen macht es notwendig, junge Menschen für den verantwortungsbewussten Umgang mit ihren persönlichen Daten und den Persönlichkeitsrechten Dritter zu sensibilisieren. Durch die vielen Jugendleiter-innen, die ebenso „digital natives“ sind wie die Kinder und Jugendlichen, stehen der Jugendarbeit andere Zugänge zur Verfügung als z.B. Lehrer-inne-n und Eltern. Für die Jugendarbeit bieten sich dadurch medienpädagogische Möglichkeiten, die keine andere Sozialisationsinstanz bieten kann; diese Chancen gilt es zu nutzen.

Darüber hinaus sollten die Verantwortlichen in der Jugendarbeit den Dialog mit Anbietern der Netzwerke suchen. Ziel des Dialogs muss sein, dass Anbieter sozialer Netze hohe Standards bei den Persönlichkeitsrechten, im Datenschutz und im Umgang mit Gefahren für Nutzer-innen einhalten.

- Es existiert eine Vielzahl medienpädagogischer Projekte mit unterschiedlichem Fokus. Entscheidend ist, dass Angebote, um wirksam sein zu können, auf Nachhaltigkeit angelegt sein müssen: Sie müssen über Projekte hinausgehen und in bestehende Bildungspläne integriert werden. Medieninitiativen, -institutionen und -projekte freier Jugendverbände müssen vorrangig gefördert werden. Ihnen ist der Vorrang vor kommerziellen Angeboten einzuräumen.

Mit dem Projekt „neXTmedia“, der medienpädagogischen Internet-Community myjuleica.de, dem Jugendserver Niedersachsen als Informationsplattform und neXTvote.de als politischer Partizipationsplattform hat der Landesjugendring Niedersachsen e.V. die Grundlage für eine Stärkung der Medienkompetenz in der Jugendarbeit gelegt. Diese Angebote gilt es langfristig abzusichern, auszubauen und zukunftsgerecht weiterzuentwickeln.

- Jugendmedienschutz ist richtig und wichtig. Medieninhalte und -formen müssen altersgerecht aufbereitet und angeboten werden. Medien für Kinder sollten werbefrei sein. Kinder und Jugendliche müssen in die Lage versetzt werden, ein reflektiertes Nutzer-innen- und Verbraucher-innenverhalten zu erlernen.
- Der Jugendmedienschutz darf nicht durch immer restriktivere Regelungen umgesetzt werden, die die Partizipation junger Menschen an Online-Angeboten und die Gestaltung eigener Webangebote erschweren oder unmöglich machen. Medienkompetenz lässt sich nicht durch das Verbot von Angeboten erlernen, vielmehr ist die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen notwendig. Die im Arbeitsentwurf vom 07.12.2009 zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags vorgesehenen Regelungen entsprechen weder den Erfordernissen eines kompetenzorientierten Jugendschutzes noch den Prinzipien demokratischer und freiheitlicher Kommunikation in einer zukunftsfähigen Welt. Sie bedürfen einer grundlegenden Korrektur.